

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

22. März 1948

Blatt 308

## Zur Verhandlung vor dem Verfassungsgerichtshof

Am 18.ds.M. verhandelte der Verfassungsgerichtshof über einen Antrag der Gemeinde Wien, durch den ein positiver Kompetenzkonflikt zwischen dem Bundesministerium für Justiz und der Gemeinde Wien entschieden werden soll. Es handelt sich um die Frage, ob das Bundesministerium oder die Gemeinde Wien für die Besorgung der Jugendgerichtshilfe kompetent ist.

In dieser Angelegenheit hat "Der Abend" in seiner Ausgabe vom 18.ds.M. einen Bericht veröffentlicht, der einige Unrichtigkeiten enthält, die durch nachstehende Zuschrift richtiggestellt werden mußten:

"In dem Artikel "Ein Streit, der viel kostet und niemand nützt. Ist die Jugendgerichtshilfe ein Monopol?" in Ihrer Ausgabe vom 18.ds.M. werden zwei Behauptungen aufgestellt, die unrichtig sind und daher richtig gestellt werden müssen. Sie behaupten im zweiten Absatz, daß die Verhandlung vor dem Verfassungsgerichtshof am 18.ds.M. bereits die zweite Verhandlung über diesen Rechtsstreit war. Dies ist unrichtig, denn diese Angelegenheit wurde in der am 18.ds.M. durchgeführten Verhandlung vom Verfassungsgerichtshof zum erstenmal behandelt.

Im dritten Absatz wird behauptet, daß der Vertreter der Stadt Wien Ihrem Berichterstatter auf die Frage, welche Bedeutung die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes für die von der Jugendgerichtshilfe betreuten Jugendlichen haben werde, erklärt hätte, daß es sich um einen reinen Kompetenzkonflikt handle und es für die Jugendlichen gleich bleibe, wer aus diesem Konflikt als Sieger hervorgehe.

Der Vertreter der Wiener Landesregierung bei dieser Verhandlung legt Wert darauf, festzustellen, daß ihm von Ihrem Berichterstatter wohl diese Frage vorgelegt worden sei, daß er sie

aber nicht so beantwortet habe, wie dies in Ihrem Aufsatz behauptet wird. Er hat in seiner Antwort an Ihren Berichterstatter wohl festgestellt, daß es sich in der zur Entscheidung gestellten Angelegenheit um einen reinen Kompetenzkonflikt, also um die Austragung einer Rechtsfrage handelt, er hat es aber mit dem Bemerkten, hier nur der juristische Vertreter der Stadt Wien zu sein, abgelehnt, zu dem zweiten Teil der an ihn gerichteten Frage eine Äußerung zu geben."

Grundsätzlich ist dazu noch zu bemerken, daß er sich bei Aufrollung und Austragung dieser Frage durchaus nicht um eine überflüssige und mutwillige Rechthaberei handelt. Es handelt sich vielmehr darum, daß der höchste Gerichtshof der Republik zur Entscheidung einer Frage des öffentlichen Rechtes angerufen wurde.

Es entspricht den Grundsätzen der Demokratie und ist eine ihrer großen Errungenschaften, daß divergierende Rechtsauffassungen dem zuständigen Gerichtshof zur Entscheidung vorgelegt werden.

#### Die Budget-Debatte im Wiener Gemeinderat

Heute um 8 Uhr früh trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. h. c. Körner zu seinen Budgetverhandlungen zusammen, die voraussichtlich bis Donnerstag abends dauern werden. Vor Eingang in die Budget-Beratung nahm der Gemeinderat die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsausschusses der Zentralsparkasse vor. Es wurden gewählt: Nationalrat Ing. Karl Waldbrunner, Gemeinderat Max Opřavil, Harry Jodlbauer, Gemeinderat Dipl. Kfm. Richard Nathschläger, Ing. Alois Emil Ullisch und Dr. Theodor Prager.

#### Der Voranschlag für 1948

Die Verhandlungen über den Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1948 leitete der Finanzreferent Stadtrat Resch ein. Er führte aus:

Der Voranschlag 1948 wurde durch drei Ereignisse wesentlich beeinflusst. Durch das Finanzausgleichsgesetz, durch die

Lohn- und Preissteigerungen im Jahre 1947, die im Preis- und Lohnübereinkommen vom 10. August 1947 ihren vorläufigen Abschluß gefunden haben, und durch das Währungsschutzgesetz, das Finanzausgleichsgesetz, das erst im Jänner 1948 beschlossen wurde, war die Ursache, daß die Vorlage erst so spät dem Gemeinderates unterbreitet werden kann. So sehr das Übereinkommen über die Abgabenteilung den Charakter eines Kompromisses trägt und so wenig darin die berechtigten Ansprüche der Gemeinde Wien befriedigt wurden, so hat es doch einen entscheidenden und grundlegenden Fortschritt gegenüber dem bisherigen zustande gebracht. Während bis 1947 alle Länder und Gemeinden neben den geringen im Vorhinein bestimmten Finanzzuweisungen aus Bundesmitteln, die im Voranschlag eingesetzt werden konnten, darauf angewiesen waren, ihren Verwaltungsaufwand ~~durch vollkommen unregelmäßig, dem Ermessen des Finanzministers überlassene Zuweisungen zu decken~~, ist jetzt an die Stelle der Willkür wieder ein demokratisches Recht getreten, das den Umfang und die Aufteilung der gemeinschaftlichen Steuern des Bundes, der Länder und Gemeinden genau regelt. Der Referent stellt fest, daß Wien nach diesem Finanzausgleichsgesetz 31,1% der aufzuteilenden Steuersumme erhält, aber damit weit hinter dem einmal erreichten Anteil von 54,2% zurückbleibt und selbst vor 1938 noch 31,8% der gemeinschaftlichen Abgaben erreicht hat. Stadtrat Resch gab der Hoffnung Ausdruck, daß im nächsten Finanzausgleichsgesetz nicht wieder nur für 1 Jahr beschlossen werden wird und appellierte an alle im Gemeinderat vertretenen Parteien, in ihrem Wirkungsbereich mitzuhelfen, daß die Gemeinde Wien im nächsten Abgabenteilungsgesetz das erhalte, worauf sie auf Grund ihrer wirtschaftlichen und steuerlichen Leistungen für den Staat mit Recht Anspruch erhebt.

Die Preis- und Lohnerhöhungen des Jahres 1947 haben die Ausgaben in allen Zweigen der Verwaltung bedeutend erhöht. Diese Preissteigerungen, die bis zum Abschluß des Lohn- und Preisübereinkommens und zum Teil darüber hinaus anhalten, haben durch zwei Umstände die finanzielle Lage der Gemeinde besonders verschlechtert.

Dadurch, daß die Einnahmen der Gemeinde an Steuern und Abgaben mit der Steigerung der Ausgaben nicht gleichen Schritt gehalten haben. Steuern, die prozentuell an ihre Bemessungsgrundlage gebunden sind, wie z.B. die Getränkesteuer, die Lohnsummen-

steuer und die Vergnügungssteuer sind zwar mit den Preissteigerungen mitgegangen, doch sind alle übrigen Tarife und Ansätze und ein Teil der wesentlichsten Steuereinnahmen bis heute unverändert geblieben. So wird z.B. die Grundsteuer heute noch immer erst mit zwei Drittel der Einnahmen des Jahres 1937 eingehoben, sodaß jeder Mieter Wiens für jeden Goldschilling, den er 1937, an Grundsteuer bezahlt hat, heute 67 Groschen des jetzigen Schillingwertes entrichtet. Aus anderen Gründen ist die zweite Säule der Gemeindefinnahmen seit 1938, die Gewerbesteuer, zurückgegangen. Noch im Voranschlag 1945 waren als Ertrag dieser Steuer 110 Millionen Schilling veranschlagt. Wir rechnen im heurigen Jahr nur mit 50 Millionen Schilling, weil das Wegfallen der Kriegs- und Rüstungsindustrie und die Herabsetzung des Produktionsumfanges ein solch starkes Absinken dieser Steuer bewirkt haben.

Die Gemeinde konnte nicht so wie die Privatwirtschaft sofort die Gebühren und Tarife ihre Betriebe (nicht der Unternehmungen) und Anstalten den dem neuen Preisübereinkommen entsprechenden Preisen angleichen, weil sie vorerst die Auswirkung des Lohn- und Preisübereinkommens abwarten mußte und diese Berechnungen haben viel Zeit erfordert. Die Gemeinde hat also noch viele Monate lang die alten Gebühren und Tarife eingehoben. Wenn nun bei nachträglichen Richtigstellungen von den drei Kammern Wiens der Vorwurf erhoben wird, daß die Gemeinde Wien sich nicht an das Preisübereinkommen halte, so ist dieser Vorwurf unberechtigt. Stadtrat Resch teilt mit, daß er durch das Kontrollamt sämtliche Tarife und Preiserhöhungen seit 10. August 1947 überprüfen ließ und stellte fest, daß in allen Fällen die Preis- und Tarifansätze nur einmal an die Preiserhöhungen angeglichen wurden und daß in keinem Falle die Gemeinde Wien einen seit dem Preisübereinkommen richtiggestellten Ansatz neuerlich erhöht hat. Im August wurde der Wirtschaft bekanntlich zugestanden, daß durch ein sogenanntes Anhängerverfahren den damals geltenden Preisen die Lohn- und Gehaltserhöhungen einschließlich der Erhöhungen der sozialen Lasten, die Kostenverteuerung durch die Erhöhung von Gas, Strom, Fracht, Straßenbahn usw. und für alle darüber hinaus zu erwartenden Kostensteigerungen, also für die Vorprodukte und für sonstige auch öffentliche Tarife und Abgaben ein weiterer Zuschlag zugestanden wurde. Dieser Zuschlag

der je nach der Lohnintensität des Betriebes 10 bis 60% Preiszuschläge möglich gemacht hat, hat zweifellos alle erst jetzt vorgenommenen Erhöhungen städtischer Tarife vorweg genommen. Noch weniger zutreffend, ist die Behauptung, daß der Strompreis, dessen Erhöhung im Preisübereinkommen bis zu 50% über die Ansätze des Jahres 1937 zugestanden war, um 80% erhöht worden sei. Richtig ist, daß die Wiener E-Werke im Jahre 1937 eine durchschnittliche Einnahme von 27.25 Groschen je Kwh erzielt haben und daß die durchschnittliche Einnahme nach der Tarifierhöhung im August 1947 voraussichtlich 35.36 Groschen je Kwh ausmachen wird. Der Strompreis ist also in Wien um nicht ganz 30% gegenüber dem Jahre 1937 erhöht worden, also weit weniger als dem Preisübereinkommen entsprechend möglich gewesen wäre. Ich muß bezüglich der Verwaltung Wiens diese Vorwürfe der drei Kammern als völlig unberechtigt entschieden zurückweisen.

Stadtrat Resch kam dann auf die Auswirkungen des Währungsschutzgesetzes zu sprechen. Dieses hat, wie er ausführte, der Stadt Wien bisher einen Betrag von 72 Millionen Schilling gekostet; 36 Millionen wurden abgeschöpft und 36 Millionen gesperrt. Dieser Betrag ist aber noch nicht endgültig, denn es erfolgen noch immer Steuerüberweisungen durch den Bund. Von die-  
Beträgen wird aber immer nur die Hälfte überwiesen, weil der Bund auf dem Standpunkt steht, daß auch davon ein Viertel abgeschöpft und ein Viertel gesperrt werden muß. Um die Berechtigung dieser Maßnahmen wird gegenwärtig ein juristischer Streit geführt. Aus diesem Grund kann über den Umfang der Kosten des Währungsschutzgesetzes noch keine endgültige Zahl vorgelegt werden.

Die Stadt Wien hatte noch am 1. Jänner des Vorjahres einen Kassenbestand von 304 Millionen Schilling. Durch die Entwicklung im Jahre 1947 ist dieser Kassenbestand auf 43 Millionen Schilling abgesunken, wovon nur 28 1/2 Millionen Schilling eigenes Geld der Gemeinde sind. Als Betriebskapital sind die 28 1/2 Millionen Schilling zweifellos zu gering und können keinesfalls als finanzielle Deckung irgend eines Abganges herangezogen werden.

Die Finanzlage ist durch zwei weitere Tatsachen verschärft worden. Vor 14 Tagen fand eine Aussprache mit dem Finanzminister statt, wobei dieser erklärte, daß die Einnahmen des

Bundes in den beiden ersten Monaten dieses Jahres katastrophal schlecht waren. Die Ursachen sind vor allem darin zu suchen, daß die Steuervoreinzahlungen vor Wirksamwerden des Währungsschutzgesetzes eine gigantische Höhe erreicht haben. Diese Voreinzahlungen dürften 800 Millionen bis eine Milliarde Schilling ausmachen. Eine weitere Ursache ist, daß im Abgabenteilungsgesetz eine Erhöhung der Weinsteuern auf das zehnfache vorgesehen und auch eine Erhöhung der Mineralölsteuer geplant ist. Diese beiden Steuern können aber nach Ansicht des Finanzministers in nächster Zeit im Nationalrat noch nicht beschlossen werden. Der Ertrag aus diesen beiden Steuern ist aber schon ausgerechnet und im Abgabenteilungsgesetz berücksichtigt worden.

An die vom Finanzminister seinerzeit abgegebene Erklärung, daß mit einer günstigeren Entwicklung der Warenumsatzsteuer zu rechnen sein wird, knüpfte Stadtrat Resch die Hoffnung, es möge sich die Produktion so stark erhöhen, daß der Ausfall der beiden Steuern wettgemacht werden kann. Es wird aller Kraft bedürfen, wenn es uns gelingen soll, in diesem Jahr die Ausgaben auf dem Maß zu halten, wie es im Voranschlag angenommen wird.

Der Ordentliche Voranschlag sieht 800 Millionen Einnahmen vor, das sind um 106.5 Prozent mehr Einnahmen als im Jahr 1947. Der Außerordentliche Voranschlag ist mit 815.000 Schilling angesetzt. Die Ausgaben im Ordentlichen Voranschlag sind mit 861.5 Millionen um 90 Prozent höher als im Jahr 1947, im Außerordentlichen Voranschlag mit 80.3 Millionen um 52 Prozent höher als 1947. Der Abgang des Ordentlichen Voranschlages beträgt also 61.2 Millionen gegenüber 70 Millionen im Vorjahr. Im Außerordentlichen Voranschlag beträgt der Abgang 79.5 Millionen. Insgesamt macht der Abgang eine Summe von 140.7 Millionen Schilling aus.

Der Redner ging sodann auf die einzelnen Geschäftsgruppen ein. Bei der Geschäftsgruppe I - Personalangelegenheiten - sind die Einnahmen um 70 Prozent, die Ausgaben von 79.6 Millionen auf 129.3 Millionen, also um 62 Prozent gestiegen. Die tatsächlichen Personalausgaben haben mit 341.7 Millionen gegenüber 203.4 Millionen im Jahr 1947 eine Steigerung um 70 Prozent erfahren, während zum Beispiel im Jahr 1937 nur 65.5 Millionen Schilling dafür vorgesehen waren.

Der Personalstand der Gemeinde ist von 17.000 im Jahre 1937 auf 38.000 im Jahr 1947 angestiegen. Diese Steigerung ist zum Teil berechtigt, zum Teil aber ein Erbe des aufgeblähten Verwaltungsapparates während des Krieges. Trotzdem wird es zu keinem unsozialen Zwangsabbau kommen.

Bei der Geschäftsgruppe II, Finanzwesen, betragen die Einnahmen 528 Millionen gegenüber 192 Millionen im Vorjahr. Das ist eine Erhöhung um 174 Prozent. Die eigenen Einnahmen durch Landes- und Gemeindeabgaben sind mit 189 Millionen gegenüber 128 Millionen im Vorjahr nur um 78 Prozent erhöht angenommen. Hier ist besonders die Lohnsummensteuer von 14 Millionen auf 40 Millionen gestiegen. Die Getränkesteuer soll das Dreifache statt 6 Millionen 18 Millionen einbringen. Verwaltungsabgaben sind statt mit 2 Millionen im Jahr 1947, mit 6 Millionen angenommen. Die Gewerbesteuer ist um 10 Millionen Schilling höher nämlich 50 Millionen angesetzt. Die Vergnügungssteuer mit 24 Millionen gegenüber 18 Millionen im Vorjahr. Die Anzeigenabgabe ist von 1 Million auf 2 Millionen gestiegen. Die Grundsteuer und die übrigen Abgaben sind fast unverändert geblieben. Die Ausgaben sind von 22 Millionen auf 43 Millionen gestiegen. Die Einnahmen bei der Verwaltungsgruppe für Kultur- und Volksbildung sind um 900.000 S gestiegen, da eine Erhöhung der Schulgelder vorgenommen wurde. Die Ausgaben sind um 1 1/2 Millionen gestiegen. Bei der Verwaltungsgruppe Wohlfahrtswesen sind die Einnahmen um 3 Millionen gesunken. Dieser Verlust ist aber nur scheinbar, weil im Vorjahr noch eine Einnahmepost von 12 Millionen S als Rückvergütung vom Bund für den sogenannten Familienunterhalt vorgesehen war. Auf der Ausgabenseite ergibt sich ein Betrag von 124 Millionen S gegenüber 92 Millionen S im Vorjahre. Die Einnahmen der Verwaltungsgruppe Gesundheitswesen sind von 63 Millionen im Jahre 1947 auf 82 Millionen S angestiegen, also um 19 Millionen, gegenüber Ausgaben von 128 Millionen S (1947: 73 Millionen S). Das Defizit dieser Verwaltungsgruppe hat sich von 10 Millionen im Vorjahr auf 46.4 Millionen S erhöht, eine Entwicklung, die der Referent besorgniserregend nannte. Nur 64% der Ausgaben unserer Krankenanstalten sind durch Einnahmen gedeckt, 36% müssen aus Steuereinnahmen der Gemeinde zugeschossen werden.

Der Referent kündigte in diesem Zusammenhang eine genaue Untersuchung des Verwaltungsapparates unserer Anstalten an, die der amtsführende Stadtrat, Vizebürgermeister Weinberger, bereits angeordnet hat. Vor 1938 waren die Fondskrankenanstalten Eigentum eines Fonds, der Bund war verpflichtet, das gesamte Defizit dieses Fonds zu decken. Nach dem Jahre 1938 hat die Gemeindeverwaltung die Fondskrankenanstalten übernommen und das Deutsche Reich hat das Defizit gedeckt. Seit 1945 aber lehnt es der Bund ab, dieser Verpflichtung nachzukommen und nun muß die Gemeinde Wien den gesamten Abgang decken. Der Referent betont, daß unsere Krankenhäuser nicht nur der Bevölkerung von Wien, sondern der gesamten Bevölkerung unseres Landes und auch allen Ausländern und Flüchtlingen dienen. Wir müssen es ablehnen, Lasten zu tragen, die die Gemeinde nie getragen hat. In den kommenden Verhandlungen mit dem Bund wird diese Angelegenheit einen wichtigen Verhandlungsgegenstand bilden müssen.

Bei der ~~Verwaltungsgruppe~~ Bauangelegenheiten sind die Einnahmen von 24,8 Millionen auf 39,7 Millionen gestiegen. Die Ausgaben, die in dieser Gruppe gebucht werden, sind von 69 auf 216 Millionen, also auf das Dreifache gestiegen. Die Gesamtziffern, die zum Teil im außerordentlichen Budget, zum Teil in anderen Verwaltungsgruppen gebucht sind, betragen für bauliche Investitionen ~~145,5 S.~~ gegenüber 31,1 Millionen im Vorjahre, für ~~Bauerhaltungserhalten~~ 47,5 gegenüber 13 Millionen und für ~~Kriegsschäden~~ 70,8 gegen 46,8 Millionen Schilling. Insgesamt wird mit einem Bauaufwand von 263,7 Millionen gegen 91 Millionen Schilling im Vorjahre, also mit dem dreifachen Betrag gerechnet. Das bedeutet aber im Hinblick auf die wesentlichen Preissteigerungen keine Verdreifachung des Bauprogramms. Trotzdem wird wesentlich mehr als im Jahre 1947 geleistet werden. Der Bauaufwand ist neben den sozialen Ausgaben die einzige Verwaltungspost, die keine Streichungen erfahren hat. In Wien wird jeder Ziegel, den die Gemeinde erhält, verbaut und jeder Bauerbeiter beschäftigt werden. 28% unserer Gesamtausgaben einschließlich der Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes werden für die Bautätigkeit ausgegeben.

Die Baukosten haben sich gegen 1937 auf ungefähr das 6 bis 7-fache erhöht. Während im Jahre 1937 der Bau einer Kleinwohnung ungefähr 10.000 bis 12.000 S gekostet hat, ist nunmehr ein Betrag von 75.000 bis 80.000 S erforderlich, eine Steigerung, die in einem Mißverhältnis zu den Steigerungen der übrigen Industriepreise steht, die nur das 3 bis 4-fache ausmachen.



Stadtrat Resch richtete an die Bauindustrie den Appell, ihre Kalkulation zu überprüfen, denn die Herabsetzung des Bauaufwandes bedeute nicht allein eine wesentliche finanzielle Entlastung der Gemeinde Wien, sondern sie würde **noch bewirken**, daß der Wiederaufbau dieser Stadt beschleunigt durchgeführt werden könnte.

Die Verwaltungsgruppe für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten weist Einnahmen von 48,5 Millionen Schilling auf, das ist eine Steigerung von 27 Millionen. Die Ausgaben sind um 40,3 Millionen auf 86,1 Millionen gestiegen.

In der Verwaltungsgruppe Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen betragen die Mehreinnahmen gegenüber 1947 3 Millionen, das sind 16%. Die Ausgaben sind um 5,3 Millionen auf 23,3 Millionen, also um 30% gestiegen. Während die Wohnhäuserverwaltung im Jahre 1947 mit einem Aktivum von 800.000 S abgeschlossen hat, ist sie im Jahre 1948 mit 1,3 Millionen passiv. Dieser Zustand ist auf die Dauer nicht tragbar, und der amtsführende Stadtrat dieser Gruppe hat bereits die entsprechenden Maßnahmen getroffen.

Die Gruppe Wirtschaftsangelegenheiten weist mit höheren Einnahmen um 3,8 Millionen eine Steigerung von rund 50% gegenüber 1947 auf, was vor allem auf die Gebarung der Bäckerei zurückzuführen ist. Diese, die bereits im Vorjahr einen aktiven Vorschlag legte, ist ein Beweis dafür, daß man auch in der öffentlichen Verwaltung konkurrenzfähig sein und bleiben kann. Die Ausgaben dieser Verwaltungsgruppe sind um 20 Millionen, also um ungefähr 60% gestiegen.

Die Verwaltungsgruppe Ernährungsangelegenheiten sieht eine Senkung der Einnahmen um 700.000 S auf 4,1 Millionen vor, was allein auf den Wegfall des Bundeszuschusses zurückzuführen ist. Die Ausgaben sind um 7 Millionen, das ist um 88% gestiegen.

In der Verwaltungsgruppe Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten ist eine Einnahmesteigerung von 900.000 S präliminiert, das sind 16%. Die Ausgaben sind von 11,6 auf 37,2 Millionen, also um 25,6 Millionen, das ist um 200%, angestiegen, was lediglich auf eine neue Form der Verrechnung der Feuerwehr zurückzuführen ist.

Die Verwaltungsgruppe Städtische Unternehmungen hat die Einnahmen in der Hoheitsverwaltung durch die Erhöhung von städtischen Gebühren von 3,9 auf 7,8 Millionen verdoppelt.

Der Berichterstatter gab sodann die Erledigung der während der vorjährigen Budgetdebatte zu dieser Gruppe gestellten Anträge bekannt, der GR.Dr. Freytag und Gen., betreffend die Dienststunden der Schaffnerinnen bei der Straßenbahn, des Antrages der Gemeinderäte Steinhardt und Gen., betreffend die Verwendung des Ertragnisses der Antifaschistischen Ausstellung, der GR. Eleonore Hiltl und Gen., betreffend das Handgeld der Pfleglinge in den Altersheimen, der GR. Kammormayer und Gen., betreffend Instandsetzung der öffentlichen Beleuchtung in den äußeren Bezirken, und derselben GR. betreffend Instandsetzung des Amtsgebäudes des Bezirksamtes Floridsdorf.

Die Gemeindeverwaltung dieser Stadt weiß, daß die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und die finanzielle Tragfähigkeit unserer Bevölkerung und damit die Einnahmemöglichkeiten nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, den Hitler und sein wahnsinniger Krieg verursacht haben, eng begrenzt sind. Wir haben die gigantische Aufgabe zu lösen, mit der Hälfte unserer früheren Produktionskraft eine durch den Krieg und die Nachkriegsfolgen zusammengebrochene Wirtschaft und eine halb zerstörte Millionenstadt wieder aufzubauen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Aufgabe die Wirtschaftskraft einer Generation übersteigt und daß es des Fleißes mehrerer Generationen bedürfen wird, um die Kosten des Wiederaufbaues und der Wiederherstellung der Wirtschaft dieser Stadt zu tragen. Wenn auch heute noch nicht die Zeit gekommen ist, um konkret über Anleihen reden zu können und wenn wir auch hoffen, das Jahr 1948 noch ohne neue Schulden überdauern zu können, so will ich doch namens der Finanzverwaltung erklären, daß wir günstige Anleihemöglichkeiten nicht ablehnen werden, gleichgültig, von welcher Seite sie kommen mögen. Prinzipiell aber vertreten wir den Standpunkt, daß Anleihen nur für produktive Zwecke aufgenommen werden sollen, die womöglich aus eigenem die Annuitäten einer Anleihe tragen können. Für laufende Ausgaben und dazu zählen wir den sozialen Wohnungsbau, lehnen wir Anleihen ab, weil die Kosten jeder Anleihe in kurzer Frist die Einstellung solcher laufender Ausgaben erzwingen würden.

Ich glaube mit den Ihnen vorhin dargelegten Zahlen gezeigt zu haben, dass die Gemeindeverwaltung in Erkenntnis der schwierigen Lage dieser Stadt sich bemüht hat, die Kosten des Verwaltungsaufwandes so weit als es nur erträglich war herabzusetzen und einen möglichst grossen Teil ihrer Einnahmen für produktive Zwecke auszugeben. Unser Bauprogramm 1948, das eine bedeutende effektive Mehrleistung gegenüber den Vorjahren vorsieht, ist der Beweis hierfür. Damit wird ein möglichst grosser Teil der uns zur Verfügung stehenden Mittel direkt der Wirtschaft dieser Stadt wieder zugeführt und damit wollen wir dazu beitragen, daß die Produktion unserer Wirtschaft belebt und eine Arbeitslosigkeit vermieden wird. Nur wenn jeder Groschen, der der Gemeinde als Einnahme gebührt, wirklich auch eingebracht wird und nicht die Unanständigen über die Anständigen dieser Stadt triumphieren können, nur wenn jeder Groschen erst ausgegeben wird, wenn seine Ausgabe nicht nur im Voranschlag vorgesehen, sondern auch tatsächlich unumgänglich notwendig ist, nur dann wird unser Plan für das Jahr 1948 erfüllt werden und die Gemeinde auch dieses schwere Jahr ohne finanzielle Erschütterungen überdauern.

Wenn wir einig und geschlossen ohne Rücksicht auf unsere Parteizugehörigkeit an die schweren Probleme des Wiederaufbaues unserer Stadt herangehen werden, dann ist mir um das Schicksal dieser Stadt und um die Zukunft ihrer Bevölkerung nicht mehr bange. Dann werden wir Wien schöner und moderner aufbauen, als es war und vielleicht in kürzester Zeit, als wir heute zu hoffen wagen. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Als erster Debatteredner in der Generaldebatte, die gemeinsam mit der Debatte über die Geschäftsgruppe "Finanzwesen" abgeführt wird, kam GR. Lauscher (KPÖ) zu Wort. Er stellte fest, daß auch das dritte Nachkriegsjahr für die Wiener Bevölkerung ein Jahr der bitteren Enttäuschungen war. Die Lebenshaltung hat sich weiterhin verschlechtert. Den Frauen und Müttern war es noch nie so schwer wie jetzt einen Haushalt zu führen. Die Ernährung ist nach wie vor die Hauptsorge der Wiener. Seit Wochen wird auf das aufgerufene Frischfleisch gewartet und manchen Haushalten schuldet man sogar noch die Kartoffel. In den letzten Wochen ist tausenden Arbeitern und Hausfrauen die Geduld gerissen und sie haben ihren Protest in zahlreichen Betriebsversammlungen, Demonstrationen und bei Vorsprachen von Deputationen zum Ausdruck gebracht.

Vollkommen versagt hat auch die Versorgung der Bevölkerung mit den dringendsten Bedarfsartikeln. Die Wirtschaft könnte aber die Bevölkerung schon weitgehend beliefern, weil die Produktion gestiegen ist. Die Wiener Frühjahrsmesse hat gezeigt, daß schon eine Fülle von Waren erzeugt wird, die die Bevölkerung schon seit vielen Jahren entbehren mußte. Es werden aber dafür Preise gefordert, die aufreizend hoch sind. Seit dem Jahre 1947 sind die Preise der rationierten Lebensmittel um 98 Prozent, die für Bekleidung um 91 Prozent gestiegen. Löhne und Gehälter sind aber weit hinter den Preisen zurückgeblieben. Über Ersparnisse verfügt die Arbeiter- und Angestelltenschaft aber nicht mehr, da diese ihnen durch das Währungsschutzgesetz geraubt wurden. Faktisch können die Arbeiter und Angestellten weniger kaufen als vor der Durchführung des Währungsschutzgesetzes.

Was die Lage auf dem Wohnungsmarkt betrifft, so sind Aufbauwohnungen nur im Schleichhandel um zehntausende Schilling erhältlich. Die Gemeinde Wien hat bisher keine neue Wohnung gebaut. Die versprochenen 2.000 Wohnungen oder einen Ausgleich dafür ist die Gemeinde schuldig geblieben. Darüber konnte auch die mit viel Fleiß und Mühe errichtete Ausstellung "Wien baut auf" nicht hinwegtäuschen. Die Bevölkerung hat in den letzten 3 Jahren um fast 200.000 zugenommen. Die Bausaison blieb aber so gut wie ungenützt. Gleichzeitig liegen viele Millionen Stück Ziegel und andere Baustoffe ungenützt und unterliegen den zerstörenden Einflüssen der Witterung. Immer mehr Wiener sind genötigt, in Obdachlosenasylen oder in drückender Untermiete zu leben. Die Zahl der Wohnungslosen steigt von Monat zu Monat.

Die Kohlenversorgung war in der letzten Zeit fast friedensmäßig. Es war daher von den zuständigen Stellen unverantwortlich, der Bevölkerung für diesen Winter wieder nur eine lächerlich geringe Brennstoffmenge zuzuweisen. Noch dazu erfolgten die Zuteilungen in Form von minderwertiger Braunkohle oder Briquettes. Dazu kommt der Pa-Ko-Skandal. Tausende Wiener, die für diese Aktion schwere Arbeit leisteten und dafür auf ihren Urlaub verzichteten, wurden enttäuscht und geprellt. Den Wiener Hausfrauen wurde auch eine Ausdehnung ihrer Haushaltsführung durch eine Besserung der Gaslieferung nicht gewährt.

Die heutige Jugend muß auf alles verzichten. Erschütternd sind die Ergebnisse der Untersuchungen unter der Schuljugend und bei den Lehrlingen. Die ausländischen Hilfsaktionen, so anerkennenswert sie auch sein mögen, können hier keine befriedigende Lösung bringen.

Im vergangenen Jahr hat ein einziges Ereignis Befriedigung hervorgerufen. Das ist die Rückführung der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion. Dieser Erfolg ist einzig und allein der Initiative der Kommunistischen Partei zu verdanken. (Stürmische Zwischenrufe. GR. Bauer (ÖVP): "Ein schäbiges Geschäft ist das!" StR. Sigmund (SPÖ): "Wo bleiben die Gefangenen aus Jugoslawien?") Wir haben die Pflicht ... (StR. Sigmund: "Sie haben die Pflicht anständig zu sein!") Wir haben die Pflicht, dies anzuerkennen.

Wien ist die Hauptstadt eines Landes, das über reiche Bodenschätze verfügt (Stürmische Zwischenrufe) und eine fleißige und hochqualifizierte Arbeiterschaft besitzt. Nach einer wissenschaftlichen Arbeit des verstorbenen Stadtrates Breitner sind die materiellen Grundlagen Österreichs günstiger als die mancher anderer europäischer Staaten. Warum muß aber Österreich in solchen trostlosen Verhältnissen leben? (Zwischenrufe aus mehreren Bänken: "Weil hier die Russen sind!")

Gr. Leuscher wies dann darauf hin, daß die kapitalistischen Kräfte in Österreich immer mehr die Oberhand gewinnen und auch schuld daran sind, daß die gesetzliche Regelung des Wiederaufbaues der zerstörten Wohnhäuser noch immer nicht erfolgt ist. Die reaktionär-kapitalistischen Kräfte sind es, die versuchen, die Kosten des Wiederaufbaues auf die breiten Massen abzuwälzen. Ähnlich verhält es sich mit der Verschleppung des Gesetzes über die Vermögensabgabe. Die Kapitalisten erklären, ein solches Opfer nicht auf sich nehmen zu können, doch hat auch niemand die Arbeiterschaft gefragt, als es hieß, die Opfer des Währungsschutzgesetzes zu tragen.

In Durchführung der reaktionären Politik wurde auch die Stadt Wien immer wieder benachteiligt. Die Kommunistische Partei hat dagegen immer einen scharfen Kampf geführt. Es sei anerkannt, daß auch Bürgermeister Körner immer gegen diese Benachteiligung eingetreten ist. Doch hat sich bisher nichts geändert, was in erster Linie die Folge der Koalitionspolitik der beiden Regierungsparteien ist. Während die ÖVP alle ihre Forderungen durchzusetzen imstande ist, weicht die SPÖ in allen Fragen zurück.

Es drängt sich die Frage auf, wie eigentlich die Wiener Gemeindeverwaltung die Mittel aufbringen soll, die Wien benötigt, um seine Kriegsschäden zu beseitigen und ~~die vielen Aufgaben zu erfüllen, die nun durchzuführen wären.~~

Der Redner wandte sich dann gegen die Methode, das Defizit des Budgets durch Steuererhöhungen auszugleichen und stellte fest, daß die Wiener Bevölkerung keine weitere Belastung auf sich nehmen kann. <sup>Durch</sup> die Erhöhung der Grundsteuer werden wieder nur die Mieter belastet. Der Redner verlangt die endliche Durchführung einer tatsächlichen ~~größerer~~ Wohnbautätigkeit. Er stellte dabei den verstorbenen Stadtrat Breitner als Vorbild hin.

Auch die Fürsorgetätigkeit ist durch die Sparmaßnahmen zu einer Farce geworden. Die Zahl der Befürsorgten ist zwar um 5.180 zurück gegangen, dieser Rückgang ist aber nicht aus einer Verbesserung der Lebensverhältnisse abzuleiten, sondern aus den Sparmaßnahmen, die immer strengere Maßstäbe erfordern. Das gleiche Bild ergibt sich bei der Jugendfürsorge. Auch hier wäre eine erhöhte Tätigkeit der kommunalen Stellen notwendig; ebenso bei der Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten.

Es wäre notwendig, stellte der Redner zum Schluß fest, die Interessen Wiens energisch zu vertreten. Leider ist dies nicht der Fall. Das Haupthindernis für eine fortschrittliche Kommunalpolitik ist der reaktionäre Kurs der Regierungskoalition. Für ~~Wien muß gekämpft werden, denn was wäre Österreich ohne Wien.~~ Die gegenwärtige Lage verlangt von den Vertretern der Wiener Bevölkerung ein offenes Bekenntnis zu Wien und seinen Interessen. Da GR. Lauscher von einem Manuskript ablas, verweist nach Beendigung der Rede Bürgermeister Dr. h.c. Körner, unter Heiterkeit des Gemeinderates, auf die Geschäftsordnung, die eine Verlesung von Reden nur dem Berichterstatter gestattet.

GR. Dr. Soswinsky (KPÖ) führte aus, daß es im Laufe des letzten Jahres drei Ereignisse gab, die auf die Erstellung des Voranschlages und damit auch auf die Belastung der Bevölkerung entscheidenden Einfluß hatten. Dieses eine Ereignis war das Lohn- und Preisübereinkommen. Die Tätigkeit des Finanzreferenten bestand nun darin, im Laufe der vergangenen Wochen und Monate die Preise und Tarife hinaufzusetzen und einiges davon soll uns ja noch bevorstehen. Es hat Körperschaften gegeben, die die Tarife um mehr als 50%, ja oft sogar um mehr als 200% hinaufgesetzt haben. Bei allen Begründungen dieser Anträge wurde erklärt, es handle sich

22. März 1948

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 322

ja nur um ein paar Groschen. Wir haben aber errechnet, daß die Summe dieser paar Groschen von 1947 auf 1948 eine Erhöhung von 100 S ausmacht. Das zweite Ereignis war das Währungsschutzgesetz. Der Finanzreferent hat uns mitgeteilt, daß die Gemeinde Wien 36 Millionen und die Unternehmungen der Stadt Wien weitere 36 Millionen durch die Maßnahmen des Währungsschutzgesetzes eingebüßt haben. Man könnte mit diesem Betrag ungefähr 1.000 Wohnungen zusätzlich bauen oder auf die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer verzichten. Während z.B. jeder private Kaufmann, jeder Gewerbetreibende das Konto, das er bis zum 12. November gehabt hat, in ungefähr 9 Monaten restlos herausbekommt, hat die Gemeinde Wien davon 25% verloren und weitere 25% kann die Gemeinde bestenfalls nach einem Jahr zurück bekommen.

Der Redner führt in diesem Zusammenhang an, daß z.B. das Brauhaus der Stadt Wien schlechter behandelt wird, als das Brauhaus Mautner-Markhof. Dafür sind die Sieger verantwortlich, die sich den Erfolg dieses Währungsschutzgesetzes zurechnen.

GR. Dr. Soswinsky kam dann darauf zu sprechen, daß viele Plakate in unserer Stadt darüber angebracht werden, was wir alles geschenkt bekommen. Er griff als Beispiel die UNRRA heraus. Diese sicherte uns Hilfen und Unterstützungen in der Höhe von ungefähr 220 Millionen Dollar d.s. 2.2 Milliarden Schilling, zu. Bis dieser Betrag aber in die Kassen des Staates gekommen war, hatte er nur mehr die Höhe von 1.2 Milliarden Schilling. Was ist aber nun mit diesem Betrag geschehen? 300 Millionen Schilling wurden anlässlich des Währungsschutzgesetzes gestrichen, weitere 300 Millionen sind vorläufig gesperrt. 300 Millionen wurden schon vor dem Währungsschutzgesetz durch die Banken im Form von Krediten verausgabt, von denen aber über 90% nicht nach Wien sondern vor allem nach Westösterreich geflossen sind. Die letzten 300 Millionen sind vorläufig auch sicherheitshalber gesperrt, weil die Bundesregierung Ausgaben getätigt hat, die vom Parlament noch nicht bewilligt wurden.

Durch das dritte Ereignis, das Finanzverfassungsgesetz, sind grundlegende Rechte der Länder und Gemeinden, die jahrzehntelang im härtesten Kampf erhalten werden konnten, preisgegeben worden. Der Herr Finanzreferent hat heute darauf verwiesen, daß der Bund fast gar keine Opfer gebracht hat. Wäre diese Abgabenteilung nicht zustande gekommen, hätte der Bund auf Grund der Vorschriften des vergangenen Jahres schon einen sehr wesentlichen Teil bezahlen müssen. Wir müssen eine Reihe von unsozialen Steuern erheben, nur weil wir durch das Abgabenteilungsgesetz zur Erhöhung unserer Einnahmen gezwungen sind.

Der Redner sprach die Befürchtung aus, daß die Gemeinde Wien auch heuer den Weg der "optischen Maßnahmen" beschreiten wird. Denn der Herr Finanzreferent hat erwähnt, daß die vorgesehenen Beträge für Straßenbau, Brückenbau usw. vorläufig unter Ausgabensperre stehen. Sie werden erst dann ausgegeben, wenn die entsprechenden Einnahmen gesichert sind. Neue Einnahmequellen werden aber nicht mehr erschlossen, denn es sind keine neuen Steuern, die den Luxus treffen würden, vorgesehen. Die geplante Erhöhung einzelner Steuern wird aber nicht jene Einnahmequellen schaffen, die wir brauchen, um die Ausgaben zu decken.

Bei dem Kampf um die Rechte Wiens kann man nicht mit kräftigen Reden fortschrittlich erscheinen wollen, wenn man sich auf der anderen Seite im Parlament auf Gedeih und Verderb mit der Klasse der Besitzenden verbindet. Man kann nicht zwei Herren dienen. Wir alle haben das gemeinsame Ziel, daß die Bevölkerung dieser Stadt endlich in ordentlichen Wohnungen hausen und in einer ordentlich bezahlten Arbeit stehen kann, und damit in Wohlfahrt und Gesundheit lebe. Dieses Ziel werden wir nur dann erreichen, wenn sich auch die Mehrheit dieses Hauses entschließt, in harten und zäher Arbeit, aber vor allem in kompromißlosen Kampf dem Fortschritt und dem Sozialismus zu dienen.

GR. Bauer (ÖVP) erinnert daran, daß der Nationalsozialismus auch auf dem Gebiet des Steuerrechtes eine tiefgreifende Umstellung vorgenommen hat, die wir jetzt zu überwinden haben. Die aus Wien stammenden Nationalräte der ÖVP haben wesentlich dazu beigetragen, daß es bei der Abgabenteilung zu einem immerhin erfreulichen Resultat gekommen ist. Wir wollen nur hoffen, daß es den gemeinsamen Bemühungen und Anstrengungen glücken wird, für Wien solche Verhältnisse zu schaffen, die wenigstens zum Teil so-



wohl den Bund als auch Land und Stadt Wien befriedigen. Im Budget sind an Einnahmen etwa 860 Millionen Schilling vorgesehen. Davon bekommt die Gemeinde vom Finanzminister 311 Millionen rückvergütet; das sind ungefähr 38,9% der Gesamteinnahmen der Stadt Wien. Die gesamten Ausgaben für Löhne und Gehälter betragen in Wien 39,7%, das heißt, daß die gesamten Personalkosten der Stadt Wien durch den Bund beglichen werden.

Der übergroße bürokratische Apparat, der durch das nationalsozialistische Regime aufgezogen wurde, muß irgendwie einmal überholt werden. Daher wurde ein Beschluß auf Verwaltungs- und Betriebsform der Verwaltungsgruppe Personalangelegenheiten gefaßt. Von diesen Reformen haben wir allerdings noch nicht sehr viel verspürt. Eine Reform durch einen Massenabbau würde von uns allen nicht gewünscht. Man wird daher nach Mittel und Wegen suchen müssen, um in dieser Beziehung zu einem erträglichem Ausgleich zu gelangen.

Es gibt bei der Gemeinde Wien noch immer etwa 1.000 städtische Angestellte, die als minderbelastete Nationalsozialisten außer Dienst gestellt sind, aber Gelder erhalten, für die sie keine Gegenleistung erbringen. Im Interesse dieser Angestellten, aber auch der Stadtverwaltung, sollte diese Frage möglichst rasch bereinigt werden. Nach drei Jahren wäre es doch endlich an der Zeit, auch bei der Gemeindeverwaltung unter diese Frage einen Schlußpunkt zu setzen.

In der Auffassung darüber, was aus laufenden Erträgen gedeckt werden soll und was nicht, gehen die Auffassungen weit auseinander. Die ÖVP steht auf dem Standpunkt, daß die Ausgaben für den Wohnhausbau nicht aus den laufenden Einnahmen genommen werden sollen, sondern daß eine Summe von Maßnahmen gesetzt werden müßte, um den Wohnhausbau vorwärts zu treiben. Eine wesentliche Ursache für das Ansteigen des Budgets ist das Lohn- und Preisabkommen, darüber hinaus aber auch die Einstellung der Gemeindeverwaltung, daß für Ausgaben Beträge aus laufenden Einnahmen eingesetzt werden, die durch Kreditoperationen und dgl. mehr beschafft werden müßten. Mehr als ein Viertel unserer Gesamteinnahmen müssen für Bauten herangezogen werden. Dabei bedauern wir es aufrichtig, daß für diese baulichen Aufgaben noch immer kein bestimmter Plan vorliegt. Jetzt wäre die einmalige Gelegenheit, so zu planen, wie es einer Großstadt entspricht, aber leider vermischen wir noch immer einen entsprechenden Plan.

Die Steuer- und Finanzkraft der städtischen Bevölkerung ist über Gebühr beansprucht. Die im abgelaufenen Jahr eingeführten neuen Steuern und Steuererhöhungen ergeben eine ganz erschreckliche Belastung der Bevölkerung und in ihrer Zusammenrechnung eine Summe, die sich auch auf den einzelnen Haushalt fühlbar auswirken muß. Leider wurden schon wieder neue Erhöhungen auf die Tagesordnung gesetzt.

GR. Bauer (ÖVP) führte weiter aus, daß es erfreulich wäre, wenn 92 Millionen Schilling für den Bau neuer Wohnungen vorgesehen sind. Doch dürfe man nicht vergessen, daß bei den ~~jetzigen Preisen~~ der Bau einer neuen Wohnung auf 75.000 bis 80.000 Schilling kommt. Mit der bereitgestellten Summe können daher höchstens 1200 bis 1300 Wohnungen gebaut werden. Dem gegenüber steht aber, daß fast in jedem Jahr 2000 Wiener Wohnungen unbewohnbar werden. Es besteht also trotz dieser hohen Summe nicht die Gewähr, daß das Wohnungsdefizit gedeckt werden kann. Es müssen also Maßnahmen ergriffen werden, die allen Wohnungssuchenden entsprechende Möglichkeiten geben. Wenn GR. Lauscher sagt, daß seit 1934 nichts mehr gebaut wurde, dann ersuchen wir ihn, die Rechnungsabschlüsse der "Gesiba" durchzuschauen. Allerdings wurden damals andere Wege begangen durch Schaffung des sogenannten Assaniarungsfonds. Durch diesen Fonds konnten viele Engpässe in Wien beseitigt werden. Unbestreitbar ist, daß zwischen 1923 und 1933 etwa 60.000 Wohnungen gebaut wurden. Unbestreitbar ist aber auch, daß die Gemeinde Wien auch damals nicht in der Lage war, so viel zu bauen, als notwendig gewesen wäre. Es ist leicht, Wohnbauprogramme vorzulegen und vorzutragen. Wir haben auch im Wiener Gemeinderat schon solche Programme gehört, doch wurde nie gesagt, wie die Mittel hierfür beschafft werden sollen. Die Österreichische Volkspartei stehe auf dem Standpunkt, daß auch der Arbeiter und Angestellte das Recht auf Eigentum seiner Wohnung bekommt. Hier gehen allerdings die Anschauungen der politischen Parteien über Eigentum weit auseinander.

Auch eine Reihe Maßnahmen wären zu ergreifen, um das Steueraufkommen zu steigern. Dabei muß immer bedacht werden, daß das Steuerobjekt die ihm auferlegten Steuern auch tragen kann. Der Redner weist auf die besonders schwierige Lage des Fremdenverkehrs hin und tritt für eine Förderung dieser Berufsgruppe ein.

GR. Bauer beklagt es, daß große Umsätze, die auf dem Schwarzen und Grauen Markt getätigt werden, steuerlich nicht erfaßt werden.

Wenn auch die Österreichische Volkspartei in vielen Fragen anderer Ansicht als die Mehrheitspartei ist, so wird sie doch für das Budget stimmen, um damit zu zeigen, daß es nur einen möglichen Weg gibt: Zusammenarbeit. Nur dieser Weg könne zu einem schöneren und glücklicheren Wien führen. (Beifall bei der ÖVP).

GR. Thaller (SPÖ) führte u.a. aus: Wir müssen bei der Beratung des Budgets mit Bedauern sagen, daß es erst so spät erstellt werden konnte. Doch ist dies nicht unsere Schuld sondern die der Mehrheitspartei im Nationalrat. Das Hinziehen der Verhandlungen über das Abgabenteilungsgesetz hat leider die Beratungen des Budgets der Gemeinde Wien erst jetzt möglich gemacht. Wir haben große Verzicht leisten müssen und sind auf einen Satz von 31.1 Prozent heruntergesunken. Dazu kommt aber noch die Bestimmung, daß in dem Augenblick, wo die Ertragsanteile auf 32 bis 35 Prozent steigen, die Gemeinde nur die Hälfte dieser höheren Anteile bekommt. Wien verzichtet also auf manche Vorteile in gesamtösterreichischem Interesse zu Gunsten der anderen Länder und Gemeinden. Aber dieser Verzicht darf nicht dazu benützt werden, daß die kleineren Gemeinden auf Kosten der Wiener begünstigt werden. Die eigentlichen Nutznießer der Abgabenteilung sind allerdings die Länder. Oberösterreich und Salzburg haben zum Beispiel vor kurzem sehr günstige Voranschläge erstatten können. Es wäre interessant zu wissen, wie groß die Ertragsanteile solcher Länder sind. Für die nächste Abgabenteilung wünschen wir jedenfalls, daß sie für einen längeren Zeitraum bestimmt wird.

Das Budget selbst sehen wir als ein erstes normales Budget an. Es ist ein soziales Budget des ernstlichen Wiederaufbaus, denn allein für Bauarbeiten werden 264 Millionen Schilling ausgegeben, das ist fast ein Drittel der gesamten Ausgaben des Voranschlages. Das hervorstechendste Merkmal ist aber der Beginn des sozialen Wohnungsbaues.

Zu den einzelnen Kapiteln gewendet, bemerkt der Redner, der übermäßig hohe Personalstand wurde vom Referenten besonders hervorgehoben. Der Redner unterstreicht, daß die sozialistische Fraktion auf keinen Fall an einen unsozialen Abbau denkt. Wir können auch sagen, fuhr der Redner fort, daß wir alles tun werden, um Verbesserungen in den Arbeitsverhältnissen durchzuführen, aber wir verlangen von jedem Gemeindeangestellten, daß er sein Bestes für die Stadt gibt. (Lebhafter Beifall).

Den Fragen der Kultur werden wir unser Augenmerk weiter zuwenden. Vor allem liegt uns die Betreuung der Volksbildung am Herzen.

Auf dem Gebiet der Volksgesundheit soll alles geschehen, um die Schäden des Krieges und der Nachkriegszeit zu beheben. Einer der wenigen Aktivposten während des Nazisystems war die Überführung der Fondskrankenanstalten in die Gemeinde. Das wurde lange verhindert und uns verweigert. Nun ist die Überführung doch endlich durchgeführt worden, aber der Bund will hier wieder ein Geschäft machen. Dagegen müssen wir uns verwehren.

Auf dem Gebiete der Fürsorge wollen wir den alten Weg gehen, der sich bewährt hat, denn der Fürsorgeaufwand ist ein produktiver, der die Voraussetzung für eine spätere Leistungssteigerung in sich birgt. Deshalb sind alle Ausgaben auf diesem Gebiet gut angelegtes Kapital, das reichlich Zinsen tragen wird. Dabei wollen wir aber unsere Alten nicht vergessen.

Auch dem Schulwesen gilt unsere Aufmerksamkeit und hier besonders dem Wiederaufbau der Schulen. Mit großer Freude konnten wir feststellen, daß zum ersten Mal auch ein neuer Schulbau, nämlich im Proletarierbezirk Favoriten, in der Per-Albin-Hansson-Siedlung, vorgesehen ist. Überhaupt sind große Planungen in allen technischen Angelegenheiten angesetzt. Es könnte noch viel mehr geschehen, wenn uns nicht der Mangel an Material und hier besonders der Mangel an Eisen Zurückhaltung auferlegte. Mangel an Eisen deshalb, weil die Ausfuhrquote viel zu hoch ist; sie beträgt 50 Prozent der Produktion.

Zum Schluß wandte sich der Redner der Frage der Bedeckung des Budgets zu. Der Abgang des Außer-ordentlichen Budgets soll durch ein vorläufiges Ersparungsprogramm einstweilen unwirksam bleiben, bis eine Steigerung der Ertragsanteile aus den Gemeindesteuern eintritt. Im Ordentlichen Budget sind Ersparungen aber nicht möglich. Es muß daher ein anderer Weg gesucht werden. Die einzige Möglichkeit ist hier die Erhöhung der Einnahmen durch Steuern, aber die Gemeinde will keine Experimente machen. Was hier vorgesehen wurde ist nicht eine Erfindung der Gemeindeverwaltung; wir führen auch keine unsozialen Steuern ein, denn jede Besteuerung, das möchte ich besonders betonen, nimmt Rücksicht auf die ärmere Bevölkerung unserer Stadt.

Dies ist einer unserer unumstößlichen Grundsätze. Wir ziehen auch keinen Gewinn aus den Monopolunternehmungen, wie es vor 1918, dann zwischen 1934 und 1938 und in besonders ausgiebigem Maße von der Naziverwaltung geschehen ist, sondern wir stehen auch hier auf dem Standpunkt, daß nur jene Unternehmungen der Gemeinde Gewinne erreichen und an die Gemeindekasse abführen sollen, die im freien Konkurrenzverhältnis stehen. (Lebhafter Beifall.)

Das Volk unserer Stadt hat eine sozialistische Mehrheit zur Verwaltung ihres Gemeinwesens in dieses Haus entsandt. Wir können die Versicherung abgeben, sie wird nicht enttäuscht werden. Alles was geschieht, geschieht im Interesse der Stadt und ihrer Bevölkerung. Wir haben den Mut, manchmal auch unpopulär zu sein. Wir müssen Steuern fordern. Aber gerade das Budget 1948 beweist, daß wir diese neuen Steuern nicht für Verwaltungszwecke fordern, sondern für produktive Zwecke verwenden. Nach diesem Gesichtspunkt wird die sozialistische Mehrheit in diesem Hause weiter verwalten. Wir sind überzeugt, daß uns das Volk von Wien weiter recht geben wird. (Starker Beifall bei den Parteigenossen.)

Damit ist die Debatte über die Verwaltungsgruppe II geschlossen.

Amtsführender Stadtrat Resch ging in seinem Schlußwort auf die einzelnen Anregungen und Hinweise ein. Zur Kritik des GR. Lauscher, daß nach dem Finanzverfassungsgesetz neben den Abgabenertragsanteilen noch Finanzzuweisungen zulässig sein sollten, stellte der Referent fest, daß "außerdem" solche Finanzzuweisungen vorgesehen sind, um die z.B. bei Katastrophenfällen angesucht werden kann. Stadtrat Resch betonte weiter, daß er nie die Mitteilung gemacht habe, daß mit der Kriegsschadenbehebung erst nach der Kostendeckung begonnen werden soll. Die Kriegsschadenbehebung habe in Wien, ohne Rücksicht auf die Kostendeckung sofort ihren Anfang genommen. GR. Lauscher hat weiter Kritik an der Erhöhung der Grundsteuer geübt. Hier ist aber anzuführen, daß diese Grundsteuer ziffernmäßig  $\frac{2}{3}$  der Grundsteuer des Friedens ausmacht, gegenüber einer Erhöhung des Bauaufwandes auf das 6 bis 7-fache. Die heutige Grundsteuer deckt nur einen Bruchteil der Baukosten, die einmal die alte Wohnbausteuer in Wien gedeckt hat.

Die Informationen des GR. Dr. Slowinsky über die UNRRA-Kredite stimmen nicht ganz mit jenen des Referenten überein. Tatsache sei, daß bereits eine Liste bestanden hat, in der 590 Millionen Schilling auf die einzelnen Ressortministerien aufgeteilt wurden. Die Aufteilung wurde allerdings über Einspruch der Amerikaner vorläufig gesperrt. Wenn sie aber doch vorgenommen wird, hofft der Referent, daß die Gemeinde nicht zu kurz kommen wird. Das B-Werk hat aus der UNRRA-Hilfe bereits einen Zuschuß von 1 Million Schilling bekommen.

Der Referent betont, die Behebung der Kriegsfolgen sei Bundessache und dieser habe für die Bedeckung dieser Budgetposten Vorsorge zu treffen. Daher kann die Bedeckung dieser Ausgaben nicht durch Erhöhung von Steuern, sondern einstweilen nur durch Ersparungen im Gesamtbudget versucht werde, bis eine Regelung beim Bund erfolgt ist.

Stadtrat Resch ging dann auf die Ausführungen des GR. Bauer ein und betonte bezüglich der Angriffe, die wegen der erfolgten Tarifierhöhungen gegen die Gemeindeverwaltung gerichtet wurden, daß auch in der freien Wirtschaft dieselben Maßnahmen getroffen worden sind. Hinsichtlich des Fremdenverkehrs hob Stadtrat Resch hervor, daß auch er sich der Wichtigkeit dieses Zweiges der gewerblichen Wirtschaft bewußt sei. Wenn hier ein Investitionsbegünstigungsgesetz gefordert wird, so glaube er aber, daß der Zeitpunkt dazu noch verfrüht sei.

In Bezug auf die Besteuerung des Schwarzen Marktes, habe die Gemeindeverwaltung alles getan, diese Umsätze so weit als möglich zu erfassen.

GR. Thaller hat angeführt, daß in Oberösterreich und Salzburg wesentlich günstigere Verhältnisse im Voranschlag vorlägen als in Wien. Aus Zeitungsberichten geht hervor, daß das Land Salzburg für die Landesverwaltung 37.6 Millionen ausgeben wird. Die Ertragsanteile des Landes Salzburg für das Jahr 1948 machen 33 Millionen Schilling aus. Es werden daher 87% der Ausgaben des Landes Salzburg aus den Ertragsanteilen bestritten. Ähnlich ist es in Oberösterreich. Ausgaben in der Höhe von 137 Millionen stehen Ertragsanteile von 101.2 Millionen Schilling gegenüber, das sind 75% der gesamten Ausgaben. Wien erhält demgegenüber 38.9%. Diese Tatsache ergibt, daß das Abgabenteilungsgesetz die Finanzen der Länder tatsächlich saniert hat.

Damit ist die Generaldebatte und die Spezialdebatte zum Kapitel Finanzwesen abgeschlossen. Die Ansätze werden einstimmig angenommen.

Es wird in die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform eingegangen. Das Referat erstattet Vizebürgermeister Honay (SPÖ). Er bezeichnet die in der Öffentlichkeit aufgetauchten Mitteilungen über einen übermäßigen Personalaufwand der Stadt Wien als übertrieben. Die Hauptbezüge für das Jahr 1947 waren mit rund 147 Millionen veranschlagt, im Voranschlag 1948 sind sie mit rund 268 Millionen vorgesehen. Nun wurde aber der Voranschlag für das Jahr 1947 bereits im Jahre 1946 beschlossen, und im Jahre 1947 trat eine ungeheure Bewegung auf dem Gebiete der Preise und Löhne ein, durch die eine gewaltige Steigerung der Personalausgaben eintrat. 1948 werden 39,7% der ordentlichen Ausgaben auf dem Personaletat verbucht, während es nach dem Voranschlag 1947 47,5% sind. 1937 waren es nur 37,9%, wobei damals allerdings auch die Lehrerbezüge eingerechnet waren. Der gesamte Personalaufwand beträgt 342 Millionen Schilling.

Im Jahre 1937 war in der Hoheitsverwaltung ein Stand von 11.447 Beamten, 2.246 Angestellten und 3.693 Arbeitern, insgesamt 17.386 Bediensteten zu verzeichnen, Ende 1947 von 9.974 Beamten, 14.251 Angestellten und 12.801 Arbeitern. Dazu kommen noch 1.050 minderbelastete Nationalsozialisten. Das ergibt insgesamt einen Stand von 38.076 Bediensteten in der Hoheitsverwaltung, gegenüber 1937 ein Plus von 20.690. Ein Großteil dieses Plus ist auf eine Vermehrung der Aufgaben der Gemeinde und auf durch den Nationalsozialismus herbeigeführte Änderungen zurückzuführen, die in 11 Posten insgesamt 11.178 Beschäftigte aufweisen. Dabei handelt es sich vor allem um naturgemäß sich ergebende neue Agenden. Unter Berücksichtigung dieser Zahl von 11.178 bleiben gegenüber 1937 von dem Plus in der Höhe von 20.690 noch immer ein Mehr von 9.512 Angestellten.

Bei den Unternehmungen gab es im Jahre 1937 2.161 Beamte, 321 Angestellte und 17.654 Arbeiter, insgesamt 20.136. Ende 1947 wiesen die Unternehmungen 1.539 Beamte, 1.699 Angestellte und 20.449 Arbeiter, insgesamt 23.687 Beschäftigte, gegenüber 1937 also ein Plus von 3.551 Personen auf.

Eine kleine Steigerung weisen auch die Pensionsparteien in der Hoheitsverwaltung auf, und zwar Ende 1947 mit 10.617 um 1.824 mehr als Ende 1937. Bei den Unternehmungen sind Ende 1947 14.582 Pensionsparteien, mithin gegenüber 1937 um 2.762 mehr vor-

handen. Insgesamt handelt es sich um rund 87.000 Personen, die in irgend einer Form von der Gemeinde Lohn, Gehalt oder Pension beziehen.

In der gesamten Hoheitsverwaltung wurden im Jahre 1947 insgesamt 1.598, in den Unternehmungen 1.833 Personen eingestellt. Bei den Unternehmungen ist die große Zahl insbesondere auf den Bedarf bei den städtischen Verkehrsbetrieben zurückzuführen. Vor allem versuchen wir, bei den Neueinstellungen Heimkehrer zu berücksichtigen. Wir haben bis Ende 1947 257 Heimkehrer eingestellt, 266 Invalide und 105 KZler, bzw. rassisch Geschädigte. Die Wiedereinstellungen von Gemäßregelten betragen in der Hoheitsverwaltung seit der Befreiung Österreichs die immerhin erkleckliche Zahl von 882, bei den städtischen Unternehmungen 361 Personen.

Auf die Möglichkeit von Einsparungen beim Personal eingehend, betonte Eizebürgermeister Honay, daß auf verschiedenen Gebieten ein Personalabbau trotz einer großen Zahl von Beschäftigten nicht möglich sei, zum Beispiel in der Wohlfahrtspflege, im Gesundheitswesen, bei den Fuhrwerksbetrieben, der Feuerwehr, den Bäderbetrieben, u.a., bei denen die Zahl der nicht zu entbehrenden Beschäftigten allein 28.000 ausmacht, Das soll jedoch nicht bedeuten, daß auf dem Gebiet der Personalpolitik nicht die größte Sparsamkeit Platz greifen müsse. Eine Verwaltungsreform müsse erfolgen. Jede Verwaltungsreform sei für die vom Abbau Betroffenen ungemein schmerzhaft. Er werde sich aber bemühen, einvernehmlich mit den zuständigen Körperschaften, in den Betrieben insbesondere mit den Betriebsräten, in der Hoheitsverwaltung mit den Personalvertretungen, hier nach dem Rechten zu sehen. Wenn auf diesem Gebiete nicht katastrophale Verhältnisse eintreten, werden wir wahrscheinlich damit auskommen, daß wir nur die unbedingt notwendigen Neuaufnahmen durchführen und möglichst keinen Ersatz für die zahlreichen durch Alter und Krankheit erfolgenden Ausfälle nehmen. Wir werden in der nächsten Zeit dadurch rigorose Abbaumaßnahmen vermeiden. Es kann auf keinen Fall zugelassen werden, daß durch einen eventuellen Abbau die seit 1945 aufgenommenen Opfer des Faschismus aus dem Gemeindedienst scheiden müssen.

Vzbgm. Honay kam dann auch noch auf das Amnestiegesetz für die Minderbelasteten zu sprechen. Er teilte mit, daß sich



die Stadt Wien in dieser Hinsicht nach dem Bund richten wird.

Die Lösung des Personalproblems sei in der heutigen Zeit sehr schwierig. Nur wenn alle drei politischen Parteien zusammenhalten, wird die Stadt Wien ihren Ruf als sozialer Dienstgeber wahren können. Es ist zu hoffen, daß bald bessere wirtschaftliche Verhältnisse kommen werden, um die bisherige soziale Personalpolitik fortsetzen zu können (Allgemeiner Beifall.)

GR. Dr. Altmann (KPÖ) verwies auf die große Bounruhigung, die in den letzten Wochen und Monaten unter dem Personal der Stadt Wien durch verschiedene Gerüchte und Äußerungen über bevorstehende Personalabbaumaßnahmen eingetreten ist. Diese Gerüchte lassen die Gefährdung der Existenz weiter Kreise befürchten, umso mehr, als die wirtschaftliche ~~Situation~~ eine Umstellung auf eine andere Beschäftigung nicht möglich macht. Es ist daher zu begrüßen, daß sich der städtische Personalreferent veranlaßt gesehen hat, diesen Gerüchten über einen beabsichtigten Abbau in einem Interview entgegentreten, in dem er ~~angekündigt hat~~, daß die Stadt Wien keinen Angestellten zu entlassen gedenkt. GR. Dr. Altmann stellte sodann den Antrag, daß diese bestimmte Form der Erklärung vom Wiener Gemeinderat beschlossen werden soll.

Aber mit einer solchen Beruhigung der Gemeindeangestellten sei noch nicht das Ziel einer erfolgreichen Personalpolitik erreicht. Er hätte schon früher immer erklärt, daß die Gemeinde als Dienst- und Arbeitgeber so geführt werden müsse, daß sie beispielgebend für die gesamte Wirtschaft ist. Es muß anerkannt werden, daß dies auf vielen Gebieten schon der Fall ist. Einen großen Fortschritt bedeutet da zum Beispiel die neue allgemeine Dienstordnung. Jedoch bestünde zwischen der Dienstordnung und ihrer Durchführung noch ein großes Vakuum, doch sehe er ein, daß sich einem solchen großen Werk noch viele Schwierigkeiten entgensetzen. Es ist wichtig festzustellen, daß es im Bereich der Stadtverwaltung jetzt und in Zukunft nicht einen Mann und nicht eine Frau geben darf, die ihren Dienst leisten und die dafür keine genügende Entlohnung bekommen. Es besteht eine solche Gruppe bei uns, es sind die Ärzte in den Wiener Krankenanstalten, die unter dem Titel "Gastärzte" voll, ja übervoll beschäftigt sind. Für sie wurde zwar vor einiger Zeit der erste Schritt unternommen und eine Entlohnung vorgesehen; es gibt aber noch

inner eine große Anzahl von Gastärzten die keine Entlohnung bekommen.

GR. Dr. Altmann erinnerte weiter an einen von ihm gestellten Antrag, in dem er Begünstigungen für die Opfer des Faschismus verlangte. Es genügt nicht, solche Menschen nicht zu entlassen, sondern es ist notwendig, daß sie jene Würdigung erfahren, die sie verdienen.

Der Redner brachte sodann mehrere Anträge ein und erläuterte diese. Ein Antrag verlangt die Ausarbeitung einer Personalvertretungsvorschrift. Ein anderer Antrag will die 6jährige Probefristzeit auf 4 Jahre und in einzelnen Sparten wie bei Feuerwehrleuten, auf 2 Jahre herabgesetzt sehen.

Ein Antrag verlangt die Einhaltung einer 48-stündigen Dienstzeit und dort, wo dies nicht möglich ist, eine entsprechende Überstundenentlohnung. Des weiteren einen Ruhetag und eine besondere Vergütung für Arbeiten an Sonn- oder Feiertagen.

In seinem letzten Antrag verlangt GR. Dr. Altmann als mindeste Angleichung an die gesteigerten Lebenshaltungskosten ein Gehalt von mindestens 650 S und eine allgemeine Erhöhung der Gehälter um 25 Prozent. Ferner verlangt er die Wiedereinführung des 13. Monatsgehältes, zahlbar in zwei Raten. Diese Forderungen sind das Mindeste, um nicht die Gefahr herauf zu beschwören, daß für den Beamten die Korruption notwendig wird, damit er überhaupt sein Leben fristen kann.

GR. Lifka (ÖVP) bemerkte, daß das anlässlich der Budget-Debatte 1947 geschaffene Dienstrecht reformbedürftig sei. Er verwies in diesem Zusammenhang insbesondere auf einen Antrag der Gemeinderätin Hiltl betreffend bessere Einreihung der Fürsorgefrauen. Im Zuge der Beratungen für das Dienstrecht wurde davon gesprochen, daß bis August v.J. sämtliche Unreihungen und Fragmatisierungen durchgeführt sein würden. Der Redner stellt fest, daß bis heute noch kein Abschluß dieser Aktion vorliegt.

Zur Nazifrage betonte der Redner, daß bereits Wiedereinstellungen von Nazis stattgefunden haben, daß hierbei aber das Parteimitgliedsbuch ausschlaggebend gewesen wäre. Dieses spiele auch bei Neuaufnahmen eine große Rolle.

Der Erklärung des amtsführenden Stadtrates, daß kein Personal abgebaut werden würde, stellte GR. Lifka einen Ausspruch des Stadtrates Honay auf einer Parteikonferenz, daß um 10.000 Angestellte bei der Gemeinde Wien zu viel seien, gegenüber.

Die Personalpolitik sollte nach neuen Grundsätzen gemacht werden. Die Verwaltungsreform solle nicht darin bestehen, Personal abzubauen, sondern in erster Linie den Amtsschimmel zu beseitigen und die Verwaltung so zu gestalten, daß ein gesundes Verhältnis zwischen den Bürgern und den Beamten unserer Stadt erreicht werde. Der Redner bemängelt, daß mit Berufung auf das Reichsleistungsgesetz zu den Schneesauberungsarbeiten Betriebe herangezogen wurden, die dringend Arbeiten für den Export durchzuführen gehabt hätten.

Zum Schluß betonte der Redner, daß eine volksnahe Verwaltung geschaffen werden müßte, die imstande ist, allen Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Trotz der vielen Schwierigkeiten, die sich immer wieder ergeben, muß festgestellt werden, daß die Beamtenschaft und die Arbeiter und Angestellten der Gemeinde Wien ihre Pflicht erfüllt haben. Der Gemeinderat solle den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Gemeinde Wien für ihre Mühewaltung im abgelaufenen Jahre den Dank aussprechen. (Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Wallner (SPG) wendet sich vor allem gegen die Anträge des Gemeinderates Dr. Altmann. Ein Abbau von Bediensteten werde sich bei gewissen nur auf bestimmte Dauer gedachten Dienststellen kaum vermeiden lassen. Jedenfalls werde der Abbau nach sozialen Gesichtspunkten vorgenommen werden. Redner reklamiert das bereits im Nationalrat eingebrachte Gesetz zur Wahrung der Anwartschaften, welches erst die Anrechnung von Vordienstzeiten bei der Übernahme in den Gemeindedienst ermögliche. Bei dem Vorrücken in der Hoheitsverwaltung dürfe nicht allein die Schulbildung maßgebend sein, man müsse auch die Leistung berücksichtigen. Mit seinem Antrag auf Bezahlung der Überstunden für die städtischen Bediensteten komme GR. Altmann bereits zu spät, da die Verhandlungen darüber ebenso wie diejenigen über die Wahl von Personalvertretungen vor dem Abschluß stehen. Im Hinblick auf diesen Antrag müsse daran erinnert werden, daß die Bevölkerung in der Volksdemokratie der Tschechoslovakei dazu angehalten wird, am Sonntag unbezahlte Siegerschichten zu leisten, und die Kinder dazu verhalten werden, Altmaterial zu sammeln. (Lebhafte Zwischenrufe bei den Kommunisten - Gegenrufe.) Zu der Forderung nach einer 25%igen Lohnerhöhung und einem 13. Monatsgehalt müsse man fragen, woher die Bedeckung kommen solle. Der Beschwerde des GR. Lifka gegenüber, daß es noch immer provisorische Angestellte bei

der Gemeinde gebe, verweist der Redner darauf, daß es beim Bund zum Beispiel noch Lehrer gibt, die bereits 16 Jahre provisorisch angestellt sind. Die sozialistische Fraktion wird die Vorschläge des Finanzreferenten annehmen. (Lebhafter Beifall der SPÖ.)

Damit ist die Debatte über die Geschäftsgruppe I abgeschlossen.

StR. Honay verwies in seinem Schlußwort auf die sachliche Klage, daß die Umreihung verschiedener Angestelltenkategorien noch nicht erfolgt ist. Diese Verzögerung wäre aber darauf zurückzuführen, daß das Gesetz über die Anrechnung der Anwartschaften von anderen Versicherungen vom Nationalrat noch nicht beschlossen wurde.

Was das parteipolitische Vorgehen einzelner Organe bei der Einstellung von Nationalsozialisten betrifft, so bittet er um Vorlage von Material über solche Fälle. (Beifall). Hinsichtlich der Anträge des GR. Dr. Altmann bemerkte StR. Honay, man wäre bisher der Meinung gewesen, daß seit 1945 endgültig mit der Demagogie gebrochen worden ist. Was aber heute dem Gemeinderat vorgelegt wurde, überschreitet ~~sahr stark alle Grenzen~~. Erst am 5. März hat eine Konferenz der Betriebsrats-Obmänner der städtischen Dienststellen stattgefunden, wobei die Kommunisten den Standpunkt vertreten haben, daß mit einer Lohnerhöhung allein keine Besserstellung der Lebenshaltung erreicht werden kann. Die Parole könne nur lauten: Herunter mit den Preisen. Nur so kann das Realeinkommen der Arbeiter und Angestelltenschaft gehoben werden. Im Gemeinderat Anträge zu stellen, die der Stadtverwaltung Finanzlasten auferlegen, die ins Uferlose gehen, sei eine Politik, die niemand in diesem Saal, der es mit der Angestelltenschaft ernst meint, vertreten kann. Eine 25prozentige Erhöhung aller Gehälter würde 86 Millionen Schilling ausmachen. Bisher war es in diesem Hause üblich, daß man für derartige Anträge auch immer den Weg gewiesen hat, wo die Mittel für solche Ausgaben gesucht werden können. Der Standpunkt: Es wird schon irgendwie gehen, kann aber nicht die Methode ernsthafter Kommunalpolitiker sein. Aus diesem Grunde muß auch einmal folgendes ausgesprochen werden: Die SPÖ hat der KPÖ trotz ihrer Kleinheit, um die demokratische Zusammenarbeit in diesem Saal überhaupt zu ermöglichen, aus eigenem ein Stadtratsmandat verschenkt. Wir haben ihr damit die Möglichkeit gegeben, überhaupt Anträge zu stellen, die nun dazu benützt wird, um Politik beim Fenster hinaus zu betreiben. (Starker Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Ich glaube nicht, daß diese Methode weiter betrieben werden

kann. Man wird sich überlegen müssen, ob diese Zusammenarbeit weiter aufrechterhalten werden soll, denn von hier aus muß ja auch auf die Verhältnisse draußen Rücksicht genommen werden. StR. Honay betonte, daß er nicht ohne Absicht darauf hingewiesen hätte, daß die Stadt Wien 86.000 Arbeiter und Angestellte zu betreuen hat. Wenn diese Forderungen auch nur zum Bruchteil verwirklicht werden könnten, so würde das eine Lawine unter allen übrigen Angestellten auslösen. (GR. Marek: "Das ist ja auch ihre Absicht!") Ich glaube daher, daß es einmal notwendig ist, daß die beiden großen Parteien in diesem Hause der KPÖ zeigen, daß es so nicht weitergehen kann. (Stürmischer Beifall.) Als verantwortlicher Personalreferent dieser Stadt muß ich mir sagen: Ich kann nur das geben was möglich ist. Wir haben aber keine Ursache und werden es nicht zulassen, daß auf diesem Gebiet hier in diesem Hause chaotische Zustände einreißen. (Starker Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Es entspricht daher dem Interesse einer ordentlichen Geschäftsführung, wenn ich ihnen den Antrag unterbreite, daß die Anträge der KPÖ insgesamt abgelehnt werden, weil wir damit zeigen wollen, daß wir demokratisch verwalten und uns nicht von einer kleinen Minderheit vergewaltigen lassen. (Stürmischer Beifall.) Würden diese Anträge auch nur der geschäftsmäßigen Behandlung zugeführt werden, so könnten die Angestellten die nicht der Stadt Wien angehören, daraus schließen, daß etwaige in Erwägung gezogene Verbesserungen auch vielleicht ihnen zuteil werden könnten. Außerdem liegt es im Interesse einer reinen Verwaltung dieser Stadt, daß nicht Illusionen erweckt werden und daß nur eine aufrichtige Personalpolitik betrieben wird.

Hierauf wurden die Ansätze der Verwaltungsgruppe I einstimmig angenommen. Die Anträge des GR. Dr. Altmann wurden mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Stadtrat Dr. Matejka (KPÖ) berichte über den Voranschlag für die Geschäftsgruppe III. Kultur und Volksbildung. Der Referent führte u.a. aus:

Wer heute behauptet: solange es uns nicht besser geht, können wir auch nicht besser fundierte, aber auch geschickter organisierte Kulturarbeit fordern, schließt falsch. Im Gegenteil: nur durch aktivste und enthusiastische Arbeit auf allen Gebieten des Lebens werden wir es aus eigenen Kräften dazu bringen, daß es uns auch materiell, somit auch kulturell, besser geht. Kulturarbeit als Volksbildung klärt Menschen auf. Sie erklärt ihnen ihren Platz und ihre Aufgaben im Gemeinwesen. Sie erfüllt sie durch die Werke der Kunst und des Geschmacks mit Freude, Herzensbildung und Begeisterung. Deshalb ist das Budget für Kultur und Volksbildung mit ein Kernstück eines wohldurchdachten und progressiven Gemeindehaushalts, dem man ablesen kann, in welchem Geiste die Stadt geleitet und verwaltet wird.

Vor einer Irreführung bei der Durchsicht der Budgetziffern fühle ich mich verpflichtet im besonderen zu warnen. Die Ausgaben im Voranschlag 1948 weisen nämlich eine "Steigerung" auf 2,281.200 Schilling von "nur" 752.200 Schilling, also um 203,3 Prozent auf. Eine solche "Steigerung" steht an dritter Stelle, gleich nach den "Steigerungen" für die "Allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten" und für die "Bauangelegenheiten".

Man bedenke aber, daß es sich bei dieser "Steigerung" um keine wesentliche Vermehrung der Ausgaben handelt, denn der größte des gesteigerten Betrages ist den <sup>auf dem Zentralfriedhof</sup> zu errichtenden Denkmal für die Kämpfer gegen den Faschismus gewidmet.

Wir sind uns klar, daß wir in einer Notzeit leben, daß keineswegs alle unsere finanziellen Wünsche in Erfüllung gehen können und daß wir uns sehr wohl nach der Decke strecken müssen, doch kann unsere schwarzhiliche Enttäuschung über manche Ziffernansätze durch noch so einsichtiges Überlegen nicht entkräftet werden.

Bei der Kunstförderung soll unsere Sorge vor allem dem jugendlichen künstlerischen Nachwuchs gelten. Die Förderung unserer Musiklehranstalten mit ihren Kindersingschulen und den in den einzelnen Bezirken untergebrachten Musikschulen, soll Gegenstand unserer besonderen Obsorge sein. Je besser der Unterricht in den städtischen Musiklehranstalten betrieben wird, desto besser wird

er in ganz Wien werden. Die Berufung hervorragender künstlerisch anerkannter Lehrer, die Modernisierung des Unterrichtsplanes in steter Anpassung an die Bedürfnisse der Gegenwart ist Pflicht der Stadt Wien. Das Konservatorium der Stadt Wien hat sich heute einen gleichwertigen Platz neben der gleichen staatlichen Schule gesichert.

Ähnliches gilt auch für die Modeschule der Stadt Wien, die nunmehr in Schloß Hetzendorf untergebracht ist, einer zeitgemäßen Schöpfung der modernen Stadt Wien, auf die sie bereits heute stolz sein kann, und die in Zukunft erst recht die Berechtigung ihrer Existenz vom Standpunkte der Stadt Wien und ganz Österreich erweisen wird. Die trotz den heute noch ungünstigen räumlichen Verhältnissen erfrischend guten Leistungen der Schülerinnen berechtigen zu den schönsten Erwartungen. Die Schülerausstellungen sind ein mehr als erfreulicher Beweis vorhandener und gut geleiteter ausgezeichnete Begabungen. Wenn im vergangenen Jahr bereits die außerordentlich reiche Modebibliothek der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden konnte, so hoffen wir, daß im heurigen Jahr auch noch die Modesammlung in Verbindung mit der Modebibliothek in geeigneter Aufmachung in Erscheinung treten kann. Hoffentlich gelingt es, dem Stadtbauamt den für heuer beantragten Aufbau des bombenbeschädigten Teiles des Schulgebäudes, der für die Unterbringung der Schneiderwerkstätten benötigt wird, zeitgerecht vor Beginn des neuen Schuljahres zu beenden. 6000 Besucher haben sich in der Schlußausstellung an den Arbeiten der Schülerinnen erfreut. Diese jungen Mädchen werden nach Beendigung ihrer Ausbildung die Vorzüge der Wiener Mode nicht nur für die bessergestellten Schichten der Bevölkerung gelernt haben, sondern ihr Können in den Dienst der arbeitenden Bevölkerung stellen.

In weiterer Folge wird alles darangesetzt werden müssen, um für die Schüler der Musiklehranstalten und der Modeschule ein geeignetes Internat zu schaffen, um die zahlreichen Schüler von auswärts unterbringen zu können.

Im weiteren soll durch die Gewährung von Schulgeldbeihilfen und Stipendien an die Schüler der gesamten Kunstschulen tüchtigen jungen Menschen Gelegenheit zur fachlichen Entwicklung geboten werden.

Mit der Begabtenförderung im Zusammenhang sind auch die Bemühungen um die bereits ausgebildeten Künstler und die jungen Autoren und Komponisten hervorzuheben. Wir wollen wie bisher, soweit es uns möglich ist, durch Initiierung, Förderung und durch Veranstaltung von Konzerten, Kunstausstellungen, durch Erteilung von Kunstaufträgen, Veranstaltungen von Dichterlesungen und vor allem in Presse- und Radioaussendungen für diese Jugend eintreten.

Dieser Aufgabe dient auch die Förderung des musikalischen Wettbewerbes, der von der Gesellschaft der Musikfreunde auch dieses Jahr abgehalten werden wird, und der Musikwochen, die die Konzerthausgesellschaft im Juni durchführen wird und die Wien als Musikstadt wieder in das richtige Licht setzen sollen.

Der Betrag, der für Begabtenförderung eingesetzt ist, ist gering und unzureichend. Die Wiener Jugend ist künstlerisch begabt und wird den Platz ihrer Vorgänger würdig einnehmen. Das demonstrieren die Ausstellungen, die Theater- und musikalischen Vorführungen des Nachwuchses, das zeigt die Dichtung der Jungen und das zeigt ihre immer mehr wachsende Anteilnahme an allen Fragen des echten kulturellen Lebens.

Der Referent gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Neuregelung der Verhältnisse der Wiener Symphoniker binnen kurzem erfolgt. Das Musikleben in Wien verlangt ein erstklassiges, in Wien und in der Welt anerkanntes Konzertorchester neben den Philharmonikern. Die Wiener Symphoniker haben sich den Ruf eines solchen bereits längst erworben. Die Stadt Wien kann stolz sein, ein solches Instrument zu besitzen und hat dafür die Verpflichtung, dieses zu fördern und zu immer höherer Leistungsfähigkeit anzuregen.

Im Voranschlag erscheint nicht der Betrag, der für die finanzielle Sicherung des Orchesters Wiener Symphoniker gedacht ist. Daß die Stadt Wien über ein Orchester verfügen können muß, das in erstklassiger Qualität dem gesamten <sup>Wiener</sup> Kulturleben zur Verfügung steht, erscheint ihrem Ruf als Musikstadt angemessen. Ich betone daher von dieser Stelle aus, daß ich die Lösung der Frage der Wiener Symphoniker - nach wie vor - für einer der vorrangigsten Aufgaben meiner Verwaltungsgruppe halte.

Zum Kapitel Wissenschaft und Volksbildung bemerkte der Redner:



Besondere Sorge gilt dem weiteren Ausbau und der Entwicklung der Volksbildungsstätten. Derzeit bestehen 14 Volkshochschulen.

In wirtschaftlicher Beziehung erfolgt die Förderung im Wege der Gesellschaft der Bildungsfreunde, der insbesondere die Verteilung der von der Stadt Wien zur Verfügung gestellten Subventionen obliegt.

Die Volksbildungsstätten haben durch die Kriegsverhältnisse und die Entwicklung der letzten Jahre zweifellos schwer gelitten und bedürfen auch einer inneren Erneuerung. Die Entwicklung hat ja die volksbildnerische Tätigkeit in den letzten Dezennien verlagert. Es darf nicht übersehen werden, daß die verschiedenen Fortbildungseinrichtungen auf gewerkschaftlicher oder berufsorganisatorischer Grundlage einen nicht geringen Teil der früher in den Volksbildungshäusern zentralisierten Volksbildungsarbeit übernommen haben.

Nicht zuletzt muß in diesem Zusammenhang auch auf die Auswirkungen des Kinos Bedacht genommen werden. Es ist wichtig, die volksbildende Aufgabe des Kinos zu erkennen und danach zu handeln. Der Kampf gegen Schmutz und Schund beim Film, der Kampf für wertvolle Kulturfilme, ist ein wichtiger Teil der Volksbildung.

Unter diesen Aspekten bedarf es also einer Intensivierung und auch größeren Spezialisierung der Tätigkeit der Volksbildungsstätten, die auch heute aus der Volksbildung nicht wegzudenken sind. Daß damit Kosten verbunden sind, liegt auf der Hand. Volksbildende Einrichtungen wie die "Künstlerische Volkshochschule", wie die "Kleine Galerie", die besondere Heranziehung des Radios zum Dienste an der Volksbildung, die Verstärkung des Kulturpresbiterates, seien als weitere Mittel beispielsweise erwähnt.

Besonders muß auch darauf Gewicht gelegt werden, daß die staatlichen Theater, vor allem das Burgtheater und die Oper, mehr und mehr in den Dienst der breiten Schichten der Bevölkerung gestellt werden. Es wäre in einem demokratischen Gemeinwesen untragbar, aus öffentlichen Steuergeldern erhaltene Institutionen nur einem kleinen Teil der Bevölkerung zugänglich zu machen. Die Stadt Wien wird hier allen ihren Einfluß aufzubieten haben, um die Interessen der Wiener Bevölkerung bei Führung dieser Theater zu wahren. Ähnliches gilt auch für die Konzertveranstaltungen.

Der Redner beschäftigte sich sodann mit der durch die Entwicklung bedingten Wandlung der Aufgaben der Volkshochschulen und ihrer finanziellen Sicherung. Daran anschließend bemerkte er: Die Volkshochschulen selbst müssen aber ihren Teil zur Reform gleichfalls beitragen, indem sie von der Form der konventionellen Vortrags- und Kurstätigkeit abgehen und einen Lehrplan herausarbeiten, der dem wissensdurstigen Hörer den Weg zu einem gesamten Weltbild und zum Lebensbedarf weist.

Die Arbeit der Verwaltungsgruppe auf diesen Gebieten "Film und Theater" verlangt in der Budgetdebatte gleichfalls Erwähnung, umso mehr, als sich gerade in der letzten Zeit die Öffentlichkeit mit den Fragen des guten und des schlechten Films beschäftigt hat. Wenn vorhin gesagt wurde, daß der Film zu einem wichtigen Instrument der Volksbildung geworden ist, dann muß er auch als solches geschaffen und benützt werden.

Die Gemeinde Wien verfügt heute durch die "Kiba" über eine beträchtliche Anzahl von Kinos, die sowohl Absatz garantieren, wie kapitalbildend für die Filmproduktion wirken können. Benützt sie diesen Ansatzpunkt für eine Einflußnahme innerhalb der österreichischen Filmwirtschaft und setzt sie sich wenigstens eine teilweise Kommunalisierung der Kinos zum ernsthaften Ziel, so wird die städtische Kulturpolitik die Frage nach dem künstlerischen und volksbildnerischen Film bald positiv beantworten können. Heute kann vorerst der künstlerische Film durch Organisation wie die "Gesellschaft der Filmfreunde" besonders propagiert und gefördert werden; ein Mittel zur Ausschaltung des schlechten Films besitzen wir nicht.

Was allerdings unbedingt gefordert werden muß, ist die strikte Einhaltung des Jugendverbotes, für welches eine gesetzliche Grundlage vorhanden ist und an welches sich auch die alliierten Mächte, die es angeht, halten müssen. Bei der Förderung der arg gefährdeten österreichischen Kulturfilmproduktion wird die Stadt Wien gleichfalls ihre Hilfe nicht versagen.

Die Stadt Wien hat in weiser Voraussicht einen 7 Millionen-Kredit für eine Pabst-Kiba-Produktion bewilligt und ich bitte den Wiener Gemeinderat, die Bedeutung dieser Finanzleistung nicht nur rein wirtschaftlich spekulativ zu betrachten, sondern auch vom Standpunkt aktueller kulturpolitischer Verpflichtungen der Stadt aus, denen sie sich im Hinblick auf neue Aufgaben in einer neuen Zeit nicht zu entziehen gedenkt.

Was die Einflußnahme der Stadt Wien auf die Wiener Theater anlangt, so ist diese durch die Verleihung der Konzessionen in einem gewissen Sinne gegeben.

Was die Einflußnahme auf die Führung und Verwaltung der Bundestheater betrifft, so wurde bereits im Jahre 1945 bei der Überlassung des Volksoperengebäudes und des Theaters an der Wien durch die Stadt Wien an die Bundestheaterverwaltung festgelegt, daß die Stadt Wien als öffentliche Vertretung der Wiener Bevölkerung in den wichtigen Fragen der Staatstheater gehört werden müsse. Dies umso mehr, als die Stadt Wien auf die Einhebung der Vergnügungssteuer bei den Bundestheatern verzichtete und damit ein Vielfaches von sämtlichen anderen kulturellen Subventionen als Unterstützung für die Bundestheater leistet. Die Bundestheaterdirektoren kommen um die Aufgabe nicht herum, das Repertoire unserer Zeit zu schaffen und neue Besuchermassen durch eine soziale Preispolitik für die Bundestheater zu gewinnen. Die Stadt Wien wird daher darauf bestehen müssen, daß ihr zumindestens bei der Spielplangestaltung, der Preisgestaltung und in der Frage des Neuaufbaues der zerstörten Bundestheatergebäude der ihr zukommende Einfluß eingeräumt werde. Daß die Theater im allgemeinen mit ihrem Repertoire inhaltlich und formal mit dem heutigen sozialen und politischen Leben der Wiener Bevölkerung in engster Verbindung stehen müßten, ist eine Selbstverständlichkeit. Der soziale Wille der Wiener Bevölkerung soll nicht zuletzt in wertvollem Zeitstück zum Ausdruck gebracht werden.

Wohl der sicherste Garant zur Überwindung jeder wirtschaftlichen Theaterkrise, aber auch für einen echten demokratischen Theaterbesuch bleibt nach wie vor eine systematische Publikumsorganisation auf der Basis der Freiwilligkeit.

Ein nicht unwesentlicher Beitrag zur Kulturförderung ist auch in der Vergebung der von der Stadt Wien für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung jährlich ausgesetzten Preise zu erblicken. Durch die Resonanz, die diese Preisverleihung für das Jahr 1947 in der Presse des In- und Auslandes gefunden hat, werden die weitesten Schichten der Bevölkerung mit den hervorragendsten Persönlichkeiten des kulturellen Lebens und ihren Werken bekanntgemacht. Ich hoffe, daß auch für dieses Jahr die Preise wieder verliehen werden.

Als eine besonders wichtige volksbildnerische Arbeit ist die Veranstaltung von Ausstellungen hervorzuheben. Im Jahre 1947 fanden nicht weniger als 161 Ausstellungen in Wien statt, im Jahre 1948 sind es bereits 32, bei denen zum größten Teil meine Geschäftsgruppe vorbereitend oder auch durchführend mitgewirkt hat. In dieser Woche sind die letzten Vorbereitungen der Ausstellung "Wien 1848" im Gange, die eine gemeinverständliche und sinnfällige Darstellung der Ereignisse des Jahres 1848, ihre Vorgeschichte und Auswirkung zeigen soll. Eine internationale Plakatausstellung soll das allgemeine Interesse für ein schönes und wirksames Plakat erwecken.

Die Steigerung des für Kunstförderung angesetzten Betrages auf S 200.000.- gegenüber S 165.000.- im Vorjahr bedeutet ein starke Schmälerung. Rechnet man aber dazu noch den Betrag der bei den Städtischen Sammlungen für die Erwerbung von Sammelstücken eingesetzten S 60.000.-, so kann immerhin gesagt werden, daß die Stadt Wien wenigstens einem Teil ihrer Verpflichtungen den schaffenden Künstlern gegenüber nachkommt.

Die große volksbildnerische Aufgabe, durch eine Dezentralisierung des Ausstellungswesens zu lösen und durch fortgesetzte Werbung für volksbildnerisch inszenierte Ausstellungen wieder das Verständnis weiter Kreise zu wecken, gehört zu den Obliegenheiten einer verantwortungsvollen Kulturverwaltung. Die im Vorschlag eingesetzte Summe von S 250.000.- wird zum Teil diesem Zweck dienen. Den allergrößten Teil allerdings wird die Veranstaltung der Ausstellung "Wien 1848" aufbrauchen. Selbstverständlich muß der besonders wichtigen Volksbildungseinrichtung der Stadt Wien, nämlich den Städtischen Büchereien, die größte Sorgfalt zugewendet werden. Die Städtischen Büchereien haben mit ihren 50 Außenstellen eine beachtliche Extensität erreicht, und nun wird im besonderen Maße auf die Intensivierung in Bezug auf den Buchbestand Wert gelegt werden. Die Zahl der Bücher kann im Jahre 1948 mit 194.000 angenommen werden, noch immer um 50.000 Bücher weniger, als im Jahre 1937 zur Verfügung standen.

Der Voranschlag für das Jahr 1948 enthält für Erhaltung und Ergänzung der Buchbestände S 150.000.-. Rechnet man den durchschnittlichen Bücherpreis mit etwa S 30.-, so bedeutet das pro Jahr 5.000 Neuanschaffungen.

Bedenkt man aber, daß von dieser Summe noch die Kosten für den Buchbinder in Abzug gebracht werden müssen, so können nur ungefähr 4.000 Bücher pro Jahr angeschafft werden. Das bedeutet pro Bücherei und Monat kaum 10 Bücher. Als zerlesen muß man monatlich eine weit größere Anzahl aus den Büchereien ausscheiden.

Die Stadtbibliothek und die Städtischen Sammlungen leiden noch immer unter einem außerordentlichen Raummangel. Beide Institutionen könnten sich der Öffentlichkeit mit ihren großen Beständen ganz anders zeigen. Die Versuche, durch kleine Schaustellungen, so zuletzt die Ausstellung der Städtischen Sammlungen über die Neuerwerbungen und über die Vor- und Frühgeschichte Wiens, beweisen, welche Werte hier noch der Öffentlichkeit zu erschließen sind und welche große ~~Interesse~~ die Bevölkerung an diesen ~~Einrichtungen~~ nimmt.

Die Stadtbibliothek hat die Rückführung der während des Krieges weggeführten Bestände beendet. Leider sind alle Bemühungen der Stadtbibliothek, eine geeignete Unterbringung zu verschaffen, bis jetzt vergeblich gewesen. Die Städtischen Sammlungen verfügen über einen riesigen Schatz von Kunstgütern und historischen Objekten. Die Bemühungen, ein Haus für die Städtischen Sammlungen zu finden, sind gleichfalls bis jetzt ergebnislos verlaufen. Zu große Adaptierungskosten bei geeigneten Gebäuden waren auch hier das Haupthindernis.

Die Sportförderung wird sich im laufenden Jahr vor allem auf eine moderne Planung der Anlagen für Sport- und Spielplätze, insbesondere für die Jugend, zu beziehen haben. Wenn auch größere Investitionen unter den gegebenen Verhältnissen aus finanziellen Gründen nicht möglich sind, so muß doch schon vorausschauend bereits jetzt für eine ausreichende Zahl solcher Einrichtungen im Rahmen der Stadtplanung vorgesorgt werden. Dem Jugendsport gilt unsere besondere Obsorge. Im übrigen muß die Wiederherstellung der durch die Ereignisse der Kriegsjahre schwer betroffenen Anlagen fortgesetzt werden. Neben der Wiederinstandsetzung der Stadion-Betriebsanlagen kommt hier auch die große Zahl der privaten Sport- und Spielplätze in Betracht.

Die im Jahre 1947 eingeleitete Sportgroschenaktion hat erfreulicherweise die Möglichkeit geboten, den privaten Sportorganisationen hilfreich beizuspringen. Ein Betrag von S 124.000.- konnte ihnen zur Verfügung gestellt werden.

22. März 1948

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 345

Erörterungen sind wohl nützlich, aber nicht ausschlaggebend. Wenn in glücklicheren Städten heute pro Kopf der Bevölkerung durchschnittlich 5 m<sup>2</sup> Sportfläche zur Verfügung stehen, hält Wien erst bei einem Satz von 1,4 m<sup>2</sup>.

Ein mit der Volksbildung unmittelbar zusammenhängendes Tätigkeitsgebiet meiner Verwaltungsgruppe betrifft die Heimatpflege. Sie umschließt die Orts- und Stadtbildpflege, ferner die Denkmalpflege, den Naturschutz, zu dem auch ein neues Gesetz in Vorbereitung ist, und mit der Heimatpflege im engeren geistigen Zusammenhang stehend die Benennung von Verkehrsflächen und städtischen Gebäuden. Gerade der Stadt- und Ortsbildpflege kommt im Rahmen des Wiederaufbaus der Stadt Wien und bei der Stadtplanung besondere Bedeutung zu. Es sollen hier nicht in einer konservativen Sentimentalität Dinge bewahrt werden, die nur einer gesunden, vernünftigen Entwicklung hindernd im Wege stehen.

Umso wichtiger ist es, das vorhandene Wertvolle für die Zukunft zu bewahren. Hier muß der Stadtplaner im engen Einvernehmen mit dem Heimatpfleger und Denkmalschützer vorgehen.

Zur Denkmalpflege sei bemerkt, daß unser Bemühen dahin gerichtet ist, die durch die Kriegshandlungen ~~beschädigten~~ oder infolge der Kriegsverhältnisse verbrachten Denkmäler wieder aufzustellen.

In der Rubrik "Denkmalpflege" findet sich ein Betrag von S 900.000.- für die Errichtung eines Opferdenkmals. Mit der Genehmigung dieses Betrages erfüllt die Stadt Wien eine bereits seit dem Jahre 1945 von allen Parteien und Bevölkerungsschichten gestellte Forderung, den gefallenen Kämpfern gegen den Faschismus und für ein freies Österreich eine würdige Grabstätte zu schaffen. Nach zahlreichen Hemmnissen und langwierigen Verhandlungen steht endlich fest, daß der aus einem Wettbewerb preisgekrönte Entwurf von Cremer-Schütte ausgeführt wird. Die Inschrift wird leider nicht wörtlich davon Zeugnis ablegen, daß tausende Opfer "gegen den Faschismus gekämpft" haben. Der wachsamem Wiener Bevölkerung aber wird dieses Denkmal trotzdem eine Mahnung sein, daß der Kampf gegen den Faschismus noch nicht beendet ist.

In der Spezialdebatte sprach als erster GR. Steinhardt (KPÖ). Er betonte eingangs, daß die Geschäftsgruppe III keine sehr starke Belastung für die Gemeindeverwaltung einer Stadt darstelle, die den Ruf hatte, die Stadt der Kultur zu sein. Der Redner ging dann auf die einzelnen Abschnitte des Referates von Stadtrat Matejka in längeren Ausführungen ein und gab hiezu verschiedene Anregungen. So stellte er fest, daß es unbedingt notwendig wäre, für die Einhaltung des Jugendverbotes zu sorgen und darüber hinaus, selbst auf die Gefahr hin, das Odium der Zensur auf sich nehmen zu müssen, solche Filme wie sie in letzter Zeit in Wien gezeigt wurden, zu verbieten. Bei den Theatern machte GR. Steinhardt den Vorschlag, nicht den Arbeiter aus den peripheren Gegenden der Stadt den weiten Weg zu den meist in den inneren Bezirken gelegenen Theatern zurücklegen zu lassen, sondern die Kunst zu den Arbeitern in die Vorstadt hinauszutragen. Bei dem Programm der Volksbildungshäuser bemängelte der Redner, daß zwar alles, was der Wiener braucht, um sich weiterzubilden, gebracht werde, es aber leider an soziologischen und gesellschaftskritischen Vorlesungen mangle. Bei den städtischen Büchereien wiederum müsse getrachtet werden, im Laufe dieses Jahres mehr Geld zu ihrer Auffüllung aufzuwenden. Zum Schluß wandte sich GR. Steinhardt der Modeschule der Stadt Wien zu und gab die Anregung, den arbeitenden Frauen und Mädchen in geeigneter Form die Möglichkeit zu geben, die Kenntnisse und die Erfahrung der Modeschülerinnen für sich zu verwerten.

GR. Dr. Robetschek übernimmt den Vorsitz.

GR. Eleonore Hiltl (ÖVP) hebt die Weltgeltung Wiens auf dem Gebiete der Musik, der Mode, des Kunstgewerbes und der Geschmacksindustrie hervor, die dazu verpflichtet, die Stadt wieder zu dem großen Kulturzentrum zu machen, das sie früher war. Bei Erfüllung dieser Aufgaben müßten nach demokratischem Geist vorgegangen und zu den Beratungen müßten auch die Funktionäre der anderen Parteien herangezogen werden. Bei der Auswahl der Künstler müsse auf deren Fähigkeiten nicht aber auf die Zugehörigkeit zu einer gewissen Partei gesehen werden. Es berühre sehr, daß die Gemeinde bei Begabtenunterstützungen oft nicht mehr als 50 bis 100 Schilling ausgeben könne. Vor allem müssen wirkliche Künstler, nicht aber Vertreter einer dekadenten Problematik unterstützt werden. Die Volksbildung ist eine der wichtigsten Institutionen, um den breiten Volksmassen Allgemeinwissen und Fachwissen zu vermitteln.

Erfreulicherweise wurde das Programm der Volksbildung intensiviert und ausgeweitet. Bei der Programmgestaltung und Auswahl der Vortragenden muß aber nach demokratischen Prinzipien vorgegangen und auch der anderen großen Partei das Recht auf Mitbestimmung eingeräumt werden. Besonderer Wert ist auf die praktische Ausbildung, vor allem auf dem Gebiet des Volksliedes, zu legen. Die Arbeit der Volksbüchereien ist erfreulich, doch dürfte bei Berufungen auf verantwortungsvolle Posten nicht so sehr nach dem Parteibuch, sondern müßte mehr nach den Fähigkeiten entschieden werden. Rednerin möchte wissen, wie es zu der jetzigen Zusammensetzung des Vorstandes des Vereines "Zentralbibliothek" gekommen ist und in welcher Beziehung dieser Verein zur Gemeinde Wien steht. Den städtischen Musik- und Modeschulen, die sich eines beträchtlichen Aufschwunges erfreuen, muß eine besondere Unterstützung gewährt werden. Hervorzuheben ist hier die Modeschule in Hetzendorf. Wir wünschen, daß im Rahmen der Bautätigkeit der Errichtung moderner Lichter Schulgebäude ein besonderer Platz eingeräumt werde, daß die Erziehung der jungen Menschen zu wahrer Demokratie, sittlicher Verantwortung und im Geiste einer Religion erfolge, die die einzige sichere Gewähr für die Einhaltung der Gesetze der Menschlichkeit und des Friedens bietet. Rednerin wendet sich gegen die Zusammenlegung der Jungen- und Mädchenklassen in manchen Pflichtschulen. Die ÖVP.-Fraktion vertritt den Standpunkt, daß wir nicht nur für materielle Dinge, sondern auch dafür sorgen müssen, daß auf geistigem Gebiet das Antlitz unserer Heimatstadt wieder wird, wie es vor Jahrhunderten war. Der Mensch lebt nicht nur vom Brot, sondern sogar der Ärmste will auch geistige Anregung haben. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

GR. Planek (SPÖ) unterzog das Budget für Kultur- und Volksbildung einem Vergleich mit den Ansätzen des Vorjahres und jenen der übrigen Geschäftsgruppen. Dabei stellte er fest, daß das Budget keine Verschlechterung erfahren hat, sondern daß es im Ansatz praktisch um 90 Prozent höher ist als das des Jahres 1947. Außerdem wäre aber noch zu bedenken, daß auch alles, was für Wohlfahrtspflege, <sup>sozialen</sup> für den Wohnhausbau usw. geleistet wird, ebenfalls der Kultur zugute kommt. Trotzdem wird die Gemeinde Wien, wenn sie einmal wieder in einer besseren finanziellen Lage ist, für Kultur und Volksbildung ein noch besseres Budget vorlegen.



Wenn auch die Einrichtungen des Amtes für Kultur und Volksbildung keineswegs mit den Augen des Kaufmanns betrachtet werden dürfen, ist es aber zum Beispiel den Städtischen Büchereien aus eigenem gelungen, ihre finanzielle Lage gegenüber dem Vorjahr zu verbessern.

Für die Volksbildung hat die Stadt Wien im Vorjahr 200.000 Schilling ausgegeben, während in den Volksbildungshäusern 16.000 Menschen Wissen gesucht haben. Die Stadt Wien hat damit für jeden Hörer 12 1/2 Schilling aufgewendet, was bedeutet, daß sie 50 Prozent der tatsächlichen Kursgebühren getragen hat. Der Bund hat für den gleichen Zweck nur 15.000 Schilling aufgewendet. In diesem Zusammenhang ersuchte der Redner die Vertreter der Österreichischen Volkspartei, dahin zu wirken, daß die Subvention des Bundes sich erhöhe. Er stellte ferner fest, daß es in der Zeit vor 1934 viele Mäzene gegeben hat, die wesentlich zur Finanzierung der Volksbildung beigetragen haben, nunmehr aber ausgestorben zu sein scheinen.

GR. Planek würdigte sodann die Bedeutung der Aktion "Jugend am Werk", die die arbeitslose Jugend erfaßt, soweit sie sich erfassen lassen will.

Die Ausstellung "Wien baut auf" hat den Ruf der Stadt Wien weit in das Ausland getragen. In dieser großen volksbildnerischen Ausstellung wurde die Bevölkerung über verschiedene notwendige Dinge aufgeklärt. Die Ausstellung wurde von rund 100.000 Menschen besucht, wovon 40.000 an Führungen teilgenommen haben. Es fanden 56 Vorträge und Veranstaltungen und 42 Freikonzerte statt, die von 35.000 Menschen besucht wurden. Alle, die an dieser Ausstellung mitgearbeitet haben, haben sich ein großes Verdienst um die Stadt Wien erworben.

Im Kampf gegen Schmutz und Schund lehnte GR. Planek jede Form von Zensur ab. Sie wäre seiner Ansicht nach kein brauchbares Mittel, um die Kunst zu fördern. Kunst kann nur dort wachsen, wo geistige Freiheit herrscht. Jedoch müssen gegen Schmutz und Schund alle jene Mittel angewendet werden, die das Gesetz bietet. Besonders Gewicht wäre in diesem Zusammenhang auf die Papierzuteilung zu legen.

Weiter kam GR. Planek auf die Ravag zu sprechen, die wohl nichts mit der Gemeinde selbst zu tun hätte, jedoch sehr viel mit dem kulturellen Ruf der Stadt Wien. Es wäre wichtig, bei der Programmgestaltung die sogenannte "Dulliöh-Stimmung" auf ein Mindestmaß einzuschränken. Denn nicht diese, sondern Ent-sagung, Arbeit und Ernst kennt diese Stadt.

Außerdem wäre es an der Zeit, der Arbeiterschaft wieder ihre alten Kulturstätten zu geben. Der Redner forderte vor allem die Rückgabe des Favoritner Arbeiterheimes. GR. Planek schloß mit den Worten: Möge diese Stadt wieder zu dem werden, was sie war, eine soziale Stadt, eine Stadt von wirklicher Weltkultur. (Starker Beifall.)

In seinem Schlußwort wies Stadtrat Dr. Matejka im Zusammenhang mit den Anregungen des GR. Steinhardt auf eine Topographie der Kultur- und Volksbildung in Wien hin, die deutlich zeige, wo für die Verwaltungsgruppe III noch Aufgaben zu lösen sind.

Der Redner widersprach energisch den Anschuldigungen der GR. Hiltl, daß in seiner Geschäftsgruppe die Vergebung von Aufträgen von der Parteizugehörigkeit abhängig gemacht werde. Dies war so wader in der Angelegenheit der Kunstschüler noch beim Vorstand der Zentralbibliothek.

In der Frage der finanziellen Beteiligung des Staates an der Förderung der Kultur- und Volksbildung streifte Stadtrat Dr. Matejka kurz die Errichtung des Sportbotes und unterstrich hier besonders die Tatsache, daß es die Gemeinde Wien war, die diesen Gedanken als erste aufgegriffen habe. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß der Bund dies berücksichtigen werden.

In der darauffolgenden Abstimmung wurden die Ansätze des 3. Hauptstückes des ordentlichen und außerordentlichen Vorschlages angenommen.

Sodann leitete Stadtrat Dr. Freund die Beratungen über die Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, ein. Die Beratungen wurden dann unterbrochen und werden morgen um 8 Uhr früh fortgesetzt.

Den Bericht über die Rede des SR. Dr. Freund bringen wir morgen.

Die Teilung von Floridsdorf  
=====

Ein Wiener Montagblatt bringt heute die Nachricht, daß die Teilung des 21. Bezirkes ab 1. April d.J. wirksam werde. Dazu wird festgesetzt, daß das vom Wiener Landtag am 21. Juli 1947 beschlossene Gesetz, durch das durch Abtrennung eines Teiles des 21. Bezirkes ein 22. Bezirk, Donaustadt, geschaffen werden soll, bisher wegen eines Einspruches der Alliierten nicht verlautbart werden konnte. Da dieses Hindernis bis jetzt nicht beseitigt wurde, entspricht diese Nachricht jedenfalls nicht den Tatsachen.

Entfallende Sprechstunde  
=====

Am Mittwoch, den 24. März, entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim amtsführenden Stadtrat für das Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, Gottfried Albrecht.